



Nichtöffentliche Sitzung

Stenografisches Protokoll der 110. Sitzung - Endgültige Fassung* Auszug öffentlich -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 22. September 2016, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Tagesordnungspunkt

Zeugenvernehmung	Seite
- R. C., HBW (Beweisbeschluss Z-127)	(nicht veröffentlicht) 6
- U. P., HBW (Beweisbeschluss Z-128)	65

* Hinweis: Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschussekretariat Korrekturwünsche und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann durch das Sekretariat zum Zwecke der Beifügung zum entsprechenden Protokoll verteilt



Nichtöffentliche Sitzung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Sensburg, Prof. Dr. Patrick Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Tim, Dr. Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Lischka, Bernd Zimmermann, Jens, Dr.
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André, Dr.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Feser, Andreas, Dr. Allers, Fried-Heye Fischer, Sebastian D. Schrot, Jacob
SPD	Heyer, Christian Hanke, Christian Diego Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Schönermark, Jasper
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Scheele, Jürgen, Dr. Wehrhahn, Sebastian
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Leopold, Nils Pohl, Jörn



Nichtöffentliche Sitzung

Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Jipp, Daniel Kämmerer, Marie Wolff, Philipp Heinemann, Martin Neist, Dennis Pabst, Daniel Metscher, Andreas
Auswärtiges Amt	Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akemann, Torsten Beyer-Pollok, Markus Blidschun, Jürgen Arthur Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Hofmann, Christian Weiss, Jochen
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Theis, Björn Rauch, Rüdiger Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils Zeugen-
vernehmung, Öffentlich:
19.10 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, dass wir beschlussfähig sind, dass die Bundesregierung hinreichend vertreten ist. Insbesondere ist unser Zeuge da; den sollten wir auch nicht warten lassen.

Damit setzen wir die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses fort.

Vernehmung des Zeugen
U. P.

Begrüßen darf ich an erster Stelle ganz herzlich unseren Zeugen U. P. Ich stelle fest: Der Zeuge ist ordnungsgemäß geladen. Herr U. P., Sie haben den Erhalt der Ladung am 19. September bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Einladung gefolgt sind und dem Untersuchungsausschuss für viele Fragen zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Jetzt auch zu diesem Protokoll: Wir sind ja in einer etwas besonderen Sitzungssituation, dass wir eigentlich öffentlich tagen. Aber aufgrund Ihrer besonderen Situation des Schutzes der Identität sind wir in diesem Raum hier. Die Öffentlichkeit ist nicht zugeschaltet wie bei dem Zeugen vorher, sondern wir befinden uns in öffentlicher Sitzung ohne Öffentlichkeit. Dies wird dadurch - ich sage mal: teilweise zumindest - versucht geheilt zu werden, dass wir das Protokoll dieser Sitzung hinterher zugänglich machen, der öffentlichen Sitzung. Von daher wird dieses Protokoll dann insoweit auch veröffentlicht werden, und die Öffentlichkeit wird hergestellt. Es ist also

nicht zu verwechseln mit einer nichtöffentlichen oder gar eingestuften Sitzung. Das kann im Nachgang kommen; dazu werde ich noch etwas sagen.

Haben Sie hierzu Fragen, bis jetzt hierhin, zum Prozedere? Es kommt noch mehr gleich.

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Begleitet sind Sie auch hier durch einen Rechtsbeistand, der sich jetzt nicht vorstellen muss, weil in dieser kleinen Runde kennt Sie nun wirklich jeder, Herr Eisenberg. Von daher erspare ich mir das. Sonst, im großen Kreis, mache ich es immer, weil ja vielleicht einer auf der Tribüne Sie noch nicht kennt, und dann möchte ich Ihnen immer Gelegenheit geben, sich selbst vorzustellen, bevor ich da noch irgendwas falsch mache.

Herr P., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozeßordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, falls das in Betracht kommen kann.

Des Weiteren bitte ich Sie, auf Fragen, die Sie nicht in öffentlicher Sitzung beantworten kön-



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

nen - deswegen ist das jetzt so wichtig, zu unterscheiden, wo wir hier sind -, sondern nur in nichtöffentlicher bzw. eben gerade eingestufter Sitzung, also als Geheim oder Streng Geheim, uns ein Zeichen zu geben und dann zu sagen, dass Sie diese Fragen nur eben in zum Beispiel eingestufter Sitzung beantworten können, sodass wir dann einen dementsprechenden Beschluss fassen nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes und demgemäß dann die Sitzung in eingestufter Weise fortführen, sodass wir dann die Fragen stellen können. Dieser Beschluss ist notwendig; dann ist das Format anders, dann sind Handys draußen, dann ist auch dementsprechend die Sitzung als Geheim kenntlich gemacht, und dann würden wir die entsprechenden Fragen dann stellen. Aber das müssen Sie als Antwort auf die jeweilige Frage eben äußern, sonst wissen wir es ja im Zweifel nicht.

Gibt es Ihrerseits hierzu Fragen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Herzlichen Dank.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie die Möglichkeit, gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, also im Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand vorzutragen, ohne durch Fragen der Ausschussmitglieder unterbrochen zu werden. Danach wird der Ausschuss, die Ausschussmitglieder, Ihnen ihre Fragen stellen, und das geschieht jeweils nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen. So weit alles verstanden, alles okay?

Zeuge U. P.: Jawohl.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann darf ich Sie, wie ich es gerade gesagt habe, kurz bitten, sich dem Ausschuss mit Name, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen dabei die Angaben der

Initialen und die Anschrift Ihrer Dienststelle, über die wir Sie erreichen können.

Zeuge U. P.: Jawohl. Mein Name ist U. P. Ich bin 51 Jahre alt. Ich bin seit dem April 89 beim BND in verschiedenen, teils operativen Verwendungen, seit 2001, Juni 2001, im Befragungswesen gewesen, bis zum Juni 2014. Die ladungsfähige Adresse ist die bekannte Adresse über den Garde-schützenweg.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagen Sie doch ganz kurz Ihren Beruf oder die Qualifikation - jetzt nicht, um Sie persönlich auszuhorchen. Das ist immer wichtig für uns, wie vertieft wir Fragen stellen können. Zum Beispiel ein Jurist kriegt eine etwas tiefere juristische Frage; einen Nichtjuristen würden wir jetzt nicht die Normen durchsubsumieren lassen mit Mindermeinung.

Zeuge U. P.: Sehr gerne. - 89 in den BND eingetreten, habe dort das Fachhochschulstudium absolviert und bin Diplom-Verwaltungswirt (FH) im gehobenen Dienst, nichttechnischen Dienst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gute Ausbildung. - Gut, jetzt gucke ich mal in die Runde. Wir hatten uns eigentlich geeinigt, dass wir erst mal öffentlich beginnen. Richtig? - Gut.

Dann stelle ich Ihnen zuerst die Frage: Möchten Sie ein sogenanntes Eingangsstatement, wie ich es gerade gesagt habe, abgeben, zum Untersuchungsgegenstand erst mal alleine im Zusammenhang vortragen? Oder sagen Sie: „Feuer frei für Fragen“?

Zeuge U. P.: Ein Statement derart nicht. Was ich betonen möchte, ist, dass ich selbstverständlich bereit bin, vollumfänglich alles, was ich weiß, hier offenzulegen, im Rahmen der Aussagegenehmigung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nichts anderes erwarten wir von einem Zeugen, so wie ich Sie gerade belehrt habe. Ganz herzlichen Dank.



Nichtöffentliche Sitzung

Dann geht es mit den Fragen los, und wir beginnen mit der ersten Fragerunde. Frau Kollegin Warken von der Fraktion der CDU/CSU beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr P., wir haben ja vorhin schon mit einem anderen Zeugen, der im Befragungswesen tätig war, gesprochen. Ich will jetzt nicht alles noch mal wiederholen. Ich denke, im Wesentlichen ist da vieles gleich. Aber vielleicht können Sie zunächst noch mal zu Ihrer Person sagen, welche Zuständigkeiten Sie in der HBW hatten, ob Ihnen Mitarbeiter unterstellt waren, ob sich das auch geändert hat im Laufe der Zeit.

Zeuge U. P.: Sehr gerne. 2001 im Juni bin ich, wie gesagt, zum Befragungswesen gekommen, war dort eingesetzt als Befrager. September 2012 bis September 2013 war ich kommissarischer Befragerführer. Ab September 2013 bis Juni 2014 war ich dann auch per Verfügung Befragerführer der Dienststelle in Berlin.

Nina Warken (CDU/CSU): Und da waren Ihnen Mitarbeiter auch unterstellt?

Zeuge U. P.: In der Funktion als Befragerführer waren mir Mitarbeiter jetzt nicht disziplinarisch unterstellt, sondern im Rahmen quasi Fachaufsicht, Fachvorgesetzter.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie viele Mitarbeiter hatte Ihre Dienststelle?

Zeuge U. P.: Als ich 2001 zum Befragungswesen kam, waren es acht BND-Befrager; sieben, mit dem Dienststellenleiter, acht Mitarbeiter quasi Innendienst, also Verwaltung usw., und sechs, sieben US-Befrager. Das veränderte sich im Laufe der Zeit. Es wurde weniger insgesamt. Als ich dann 2012, September, kommissarischer Befragerführer war, hatten wir vier bzw. fünf US-Befrager an der Dienststelle. Da waren es fünf deutsche Befrager und fünf Innendienstmitarbeiter einschließlich Dienststellenleiter.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hatten Sie ja schon gesagt, Sie waren dann bis Juni 2014 dort. Da wurde ja die HBW aufgelöst. Was war denn der Grund für die Auflösung der HBW?

Zeuge U. P.: Der Grund war meines Wissens nach und auch meiner Erinnerung nach, dass Effizienzüberprüfungen stattgefunden haben, die dann zum Schluss führten, dass das Ganze nicht mehr effizient gewesen ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie das nachvollziehen können? Oder teilen Sie die Meinung?

Zeuge U. P.: Meiner persönlichen, explizit persönlichen Meinung nach habe ich das nicht verstanden. Aber die Entscheidung war nun mal gefallen und lag definitiv nicht in meiner Hand.

Nina Warken (CDU/CSU): Hat die Entscheidung vielleicht auch was mit den Snowden-Enthüllungen zu tun?

Zeuge U. P.: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben ja - das habe ich gesagt - schon einiges jetzt erfahren über den Ablauf von Befragungen. Jetzt scheint es ja in verschiedenen Dienst- oder Außenstellen ein bisschen unterschiedlich gewesen zu sein. Es wäre, glaube ich, für uns ganz interessant, wenn Sie einfach mal den Ablauf bei Ihnen schildern könnten, mit Beginn, also Informationsübermittlung oder Übermittlung Anhörungsprotokoll BAMF. Wie ist es dann bei Ihnen weitergegangen?

Zeuge U. P.: Darf ich kurz Rücksprache halten wegen --

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Also, sehr gerne natürlich. - Der Ablauf war wie folgt: Wir bekamen oder die Außenstelle bekam die Protokollmitschriften der Anhörungen der Asylbewerber im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, nicht alle, sondern ausgewählte Protokolle. Dann fand in der Dienststelle selbst -- Also, ich sage mal, die Verteilung erfolgte nach regionalen Zuständigkeiten der Dienststellen. Jede Außenstelle hatte bestimmte, sage ich mal, Bundesländer zu bearbeiten. Das heißt, in Berlin



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

waren zum Beispiel die neuen Bundesländer einschließlich Hamburg, Schleswig-Holstein das Bearbeitungsgebiet.

Wir bekamen also diese Protokolle, und diese Protokolle wurden dann in der Dienststelle noch mal gesichtet auf Relevanz. Das heißt, wir haben sie uns durchgelesen und haben geguckt: Okay, verspricht diese Asylbewerberin, dieser Asylbewerber, über Informationen zu verfügen, die wir sonst auf anderem Wege nicht bekommen könnten?

Weiteres Kriterium, ob wir einen sogenannten - nennen wir es einfach mal - Tipp aufgreifen oder nicht, war dann auch - und das wurde immer vierrünter - die Personalstärke an der Dienststelle. Das heißt, können wir auch tatsächlich in der uns gegebenen Frist, Vierwochenfrist, vom Bundesamt diesen Fall tatsächlich aufgreifen und in Bearbeitung nehmen?

Wenn jetzt die Entscheidung gefallen war: „Ja also, das Anhörungsprotokoll scheint vielversprechend zu sein, respektive der Asylbewerber scheint vielversprechend zu sein“¹, wurde ein Team festgelegt, auch da nach Verfügbarkeit, also nach zeitlicher Kapazität. Und es wurde begonnen, eine sogenannte Vorprüfung vorzubereiten. Dafür musste dann festgestellt werden: „Wohin ist die betreffende Person zwischenzeitlich möglicherweise verteilt worden?“, um dann dort in dem Heim einen Termin zu vereinbaren mit der Person, zumeist über die dort zuständige Heimleitung.

Dann wurde dieser Termin wahrgenommen durch das Team. Es fand dort ein Gespräch statt mit der betreffenden Asylbewerberin, dem betreffenden Asylbewerber, um festzustellen, ob das, was wir jetzt aus der sogenannten Papierlage heraus angenommen haben, was für Gesprächsthemen dort im Raum stehen könnten, auch zutrifft oder nicht. Das verhielt sich in aller Regel so - - Ja, wie soll ich sagen? Da kann man sich - - Das ist so wie bei „Forrest Gump“, was das Leben

zu bieten hat: Das Leben ist eine Pralinenschachtel. Man weiß nie, was drin ist. - Das war dort auch. Teilweise war es komplett gegenläufig zu dem, was in dem Papier dort stand. Teilweise ging es aber auch tatsächlich darüber hinaus, was jetzt unsere Interessen anbelangte.

Die Vorprüfung diente dazu, eben festzustellen: Über was für ein Wissen verfügt tatsächlich diese Person? Was für ein Wissen hat sie mitgebracht? Die Vorprüfung ist ein Gespräch oder war ein Gespräch, was in der Regel in etwa einer halben, einer Dreiviertelstunde Gespräch entspricht. Das sage ich deswegen so deutlich, weil sehr häufig mit Dolmetschern oder auch Sprachmittlern eben gearbeitet wurde, und das verlängerte die Gesprächszeit im Zweifel, allein durch die Hin- und Herübersetzerei.

Nach erfolgter Vorprüfung setzte man sich dann in der Dienststelle wieder zusammen und überlegte, ob es Sinn macht, weiterzumachen oder auch nicht.

Was jetzt die Vorprüfung speziell anbelangt, also das Gespräch mit der Asylbewerberin, mit dem Asylbewerber, war es derart, dass wir uns als Allererstes selbstverständlich vorgestellt haben, uns ausgewiesen haben. Wir haben uns vorgestellt als Mitarbeiter der HBW, Hauptstelle für Befragungswesen, haben kurz erklärt, was die HBW ist: eine obere Bundesbehörde im Zuständigkeitsbereich des Kanzleramtes, haben explizit auf die Freiwilligkeit hingewiesen, haben das auch noch weiter erklärt, dass diese Freiwilligkeit sich jetzt nicht nur auf diesen Moment bezieht, sondern dass auch mitten im Gespräch jederzeit einzelne Fragen nicht beantwortet werden müssen oder wenn die Person zu bestimmten Themen nichts sagen wollte. Das wurde, wie gesagt, explizit erwähnt.

Es wurde ebenso explizit gesagt, dass dieses Gespräch nichts, aber auch rein gar nichts mit dem laufenden Asylverfahren zu tun hat, weder im positiven noch im negativen Sinne. Das wurde auch noch dadurch belegt der Person gegenüber,

¹ Klarstellung des Zeugen: „Ich meinte damit die Informationen, über die der Asylbewerber verfügen könnte, dass diese vielversprechend sein könnten.“, siehe Anlage 1.



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

dass wir gesagt haben, wenn sie sich jetzt zu dem Gespräch bereit erklären sollte, es also zu diesem Gespräch kommt, dass sie sich nicht darüber verwundert zeigt, dass möglicherweise Fragen ihr noch mal gestellt werden oder in ähnlicher Weise gestellt werden, wie sie sie schon mal im Rahmen der Anhörung beantwortet hat.²

Am Ende des Gespräches, also der Vorprüfung, der sogenannten, wurde auch gefragt, ob die Person im Zweifel, also die Asylbewerberin, der Asylbewerber, einverstanden wäre, wenn man noch einmal wiederkäme, um eben nicht gegen den Willen der Person dann zu handeln. Und auch zum Ende des Gespräches hat zumindest die Berliner Dienststelle und zumindest auch ich als Befrager noch mal auf die Freiwilligkeit explizit hingewiesen und dass es auch überhaupt nichts macht, wenn jetzt die Asylbewerberin, der Asylbewerber sagt: Nein, ich möchte das nicht. - Dann ist man, auf Deutsch gesagt, einfach wieder „abgedackelt“. Das hat keinerlei Einfluss gehabt.³

So. Jetzt sind wir also wieder in der Dienststelle. Mit den Ergebnissen, die wir dann aus der Vorprüfung gesammelt haben, hat man sich zusammen gesetzt. Das heißt, das Befragerteam und der Befragerführer und der Dienststellenleiter haben dann überlegt: Okay, macht es Sinn weiterzumachen oder nicht? - Wenn wir der Meinung waren, es hat Sinn, weiterzumachen, es sind also Informationen zu erwarten, dann wurde dieser Tipp avisiert. Das heißt, es wurde rumgefragt per Verfahren - „rumgefragt“ klingt jetzt so nonchalant; es gab da ein klares Verfahren -, wurde in den auswertenden Bereichen gefragt: „Okay, wir haben hier eine Person mit diesem und jenem Wissen“, ob das tatsächlich interessiert, und bekamen dann Rückläufer in Form von Fragen aus den auswertenden Bereichen.

Parallel dazu gab es dann eine Prognose, haben wir eine Prognose eingeholt beim Bundesamt, wie es ausschaut, wohin die Entscheidung - - ob eine positive oder eine negative Entscheidung zu erwarten ist. Wenn eine negative Entscheidung zu erwarten war, haben wir in aller Regel - und

das möchte ich betonen: in aller Regel - gesagt: Okay, dann machen wir da nicht weiter. - Es gab Ausnahmen. In meiner Zeit als Befragerführer, also auch als kommissarischer Befragerführer, also von September 2012 bis Juni 2014, meine ich, gab es einen Fall, wo es eine Ausnahmeregelung gab. Ansonsten haben wir gesagt: Nein, wir wollen da auch in keine Kollision geraten mit dem Bundesamt respektive mit der Entscheidung.

Wenn also die Prognose positiv war oder möglicherweise auch schon eine positive Entscheidung durch das Bundesamt gefällt war, ein positiver Bescheid erstellt wurde, die Rücküberungen aus den auswertenden Bereichen da waren und die Person sich auch bereit erklärt hat, weiter mit uns Gespräche zu führen, dann ging es weiter. Dann wurde also ein Termin ausgemacht.

In aller Regel haben wir in der Vorprüfung, wenn die Person sich dort bereit erklärt hat, mit uns weiter noch ein weiteres Gespräch zu führen, auch nach einer Erreichbarkeit dieser Person gefragt, um einfach die Termingestaltung und die Örtlichkeiten, wo man sich dann treffen mag, zusammenkommen mag, einfacher zu gestalten. Das war nicht immer ganz einfach über die Heimleitung, Heimbetreuung, alldieweil es auch Asylbewerberheime gibt, wo die Heimleitung gar nicht den ganzen Tag da ist, sondern die sind dann nur stundenweise da, haben natürlich auch jede Menge zu tun auf dem Gelände usw. Da waren teilweise die Erreichbarkeiten sehr schwer. Deswegen waren wir tatsächlich bestrebt, da eine direkte Kommunikation herzustellen mit der Asylbewerberin, dem Asylbewerber.

Dann wurde eben, wie gesagt, der nächste Termin ausgemacht. Der fand dann in aller Regel nicht mehr im Asylbewerberheim statt, sondern wir haben versucht, innerhalb der Umgebung dann zum Beispiel einen Besprechungsraum anzumieten oder auch in einem Nebenzimmer, Hinterzimmer eines Restaurants. Es kann auch

² Klarstellung des Zeugen: „Hiermit ist die Anhörung im Asylverfahren gemeint.“, siehe Anlage 1.

³ Klarstellung des Zeugen: „Hiermit ist gemeint, dass es keinerlei Einfluss auf das Asylverfahren hatte.“, siehe Anlage 1.



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

mal eine Bundeskegelbahn gewesen sein, je nachdem, wo es halt so was gab, wo man sich eben in Ruhe, wirklich in Ruhe unterhalten konnte.

Auch da wurde jeweils zu Beginn des Gespräches noch mal explizit auf die Freiwilligkeit hingewiesen. Wenn noch kein Bescheid da war, also noch keine Entscheidung hinsichtlich des Aufenthaltsstatus Asyl usw. usf. - - auch da noch mal drauf hingewiesen, dass es nichts mit dem Verfahren zu tun hat, dass da in Deutschland eine strikte Trennung besteht. Wenn dann die Person gesagt hat, ja, sie erklärt sich bereit, ein Gespräch zu führen, wurde das eben entsprechend geführt.

Wenn das Gespräch dann zu Ende war - das kann sich auch über Stunden hingezogen haben, in Abhängigkeit von den Themen, in Abhängigkeit auch von der Belastbarkeit des Gesprächspartners; das differenzierte⁴ sehr -, ist das Befragerteam wieder zurückgefahren an die Dienststelle. Dann hat man sich wieder besprochen, hat Resümee gezogen, hat das Ganze dokumentiert in Form von Berichten, hat im Zweifel Meldungen erstellt, die dann eben an die auswertenden Bereiche gegangen sind.

Wenn die Quelle dann ausbefragt war, war die Beziehung der HBW zu der Asylbewerberin, dem Asylbewerber beendet.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank schon mal für die interessante Schilderung. An einer Stelle wollte ich noch mal nachfragen. Sie hatten gesagt, man fragt oder koppelt ja auch dann rück beim BAMF und sagt: Wir haben da Interesse an der Person. Oder: Es war tatsächlich interessant. Wie weit seid ihr denn mit dem Verfahren?

Da haben Sie gesagt, es gab - - Also, in der Regel, wenn die sagen: „Es gibt eine negative Entscheidung“ oder „Eine negative Entscheidung ist zu erwarten“, haben Sie aufgehört, in aller Regel. Aber es gab Ausnahmen. Was bedeutet dann die Ausnahme? Dass man dann - - Dass das BAMF gesagt hat: „Okay, wir ziehen die Entscheidung raus; macht mal weiter“? Oder haben die dann

einen Aufenthaltstitel gewährt? Oder was war dann die Ausnahme?

Zeuge U. P.: Sonderfall oder Sonderregelung bedeutete nicht automatisch ein „Overrule“, sage ich mal, der HBW, sondern da setzte sich dann das Referat mit der entsprechenden Stelle - ich glaube, es hieß auch Sicherheitsreferat - im Bundesamt zusammen und haben dann darüber beratschlagt, wie da zu verfahren ist. Da wurde dann abgewogen.

Wie das jetzt in diesem einen Fall war, von September 2012 bis Juni 2014, daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Das weiß ich leider nicht mehr, wie das ausgegangen ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, okay. - Wie haben Sie denn die Gespräche dokumentiert? Also, wir haben hier jetzt schon gehört, dass da das Mittel der Wahl Bleistift und Block ist. War das bei Ihrer Dienststelle auch so, dass Sie das alles mal mitnotiert haben? Haben Sie da Wortprotokolle geführt? Haben Sie Stichpunkte sich notiert? Was ist damit dann weiter geschehen? Sie haben vorhin gesagt, Sie haben das dann dokumentiert, Berichte geschrieben, vielleicht eine Meldung. Wurde das dann irgendwie elektronisch archiviert? Oder haben Sie das weggeworfen? Wie sind Sie damit vorgegangen?

Zeuge U. P.: Okay. Also, es gab keine Gesprächsaufzeichnung elektronischer Art. Es ist tatsächlich so: Das Handwerkszeug - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal ganz kurz fragen. Wir sind ja noch in öffentlicher Sitzung. Das ist klar, ja? Das ist okay vonseiten der Bundesregierung, wenn wir das - -

RD Philipp Wolff (BK): Wir hatten vorher allerdings auch darüber gesprochen, dass Stift und Block - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte es nur mal hinterfragen; ist ja schön. Nicht, dass wir hinterher diskutieren, ob Protokolle geschwärzt

⁴ Klarstellung des Zeugen: „streiche ‚differenzierte‘, setze ‚varierte‘“, siehe Anlage 1.



Nichtöffentliche Sitzung

werden. Also, das geht dann so raus hier, nicht? - Okay.

RD Philipp Wolff (BK): Ich interveniere.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar.

Zeuge U. P.: Also, wie gesagt: Es gab keine elektronischen Aufzeichnungen von Gesprächen, weder Audio noch Video noch sonst irgendetwas. Das Handwerkszeug einer Befragerin, eines Befragers und somit auch meines ist tatsächlich Papier; ich bevorzuge Kugelschreiber.

(RA Johannes Eisenberg:
Keinen Montblanc-
Füllhalter!)

- Nein. Gehobener Dienst. - Von daher erfolgte tatsächlich die, sage ich mal, direkte Gesprächsdokumentation mit Stift und Papier.

An der Dienststelle zurück, wenn es dann an die Berichte ging, an die Gesprächsberichte ging und auch dann im Zweifel eben an die Meldung: Die wurden in elektronischer Form erstellt.

Nina Warken (CDU/CSU): Elektronische Akte dann bei Ihnen auch. Oder haben Sie dann eine Mail an die Auswertung geschrieben?

Zeuge U. P.: Wir sind noch nicht beim papierlosen Büro und bei der elektronischen Akte vollumfänglich, wenn ich das sagen darf.

(Burkhard Lischka (SPD):
Das überrascht uns auch
nicht wirklich!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir aber auch nicht.

Zeuge U. P.: Das ist ein ganz mieser Trick der Papierindustrie mit dem papierlosen Büro. - Nein. Also, sie wurden am Computer erstellt und dann ausgedruckt.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie haben das die Kollegen des AND denn gehandhabt? Haben die dann - - Also, ich gehe ja mal davon aus, dass es bei Ihnen auch gemischte Befragerteams gab. War das dann gleichermaßen so, dass der Kollege das mitgeschrieben hat? Und haben Sie dann gemeinsam Ihre Meldung, Ihren Bericht geschrieben? Oder hat da jeder was anderes geschrieben?

Zeuge U. P.: Also, gemischte Teams ja, und zwar grundsätzlich.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK)
sowie mit seinem
Rechtsbeistand)

Gemischte Teams grundsätzlich, und zwar „grundsätzlich“ fett, kursiv und unterstrichen geschrieben, was die Berliner Dienststelle anbelangt.

Nina Warken (CDU/CSU): Also immer ein BND-Mitarbeiter, ein AND-Mitarbeiter. Keine Befragung allein durch Sie und keine Befragung allein durch den AND.

Zeuge U. P.: Also, grundsätzlich gemischte Teams dahin gehend, dass, wenn ein US-Befrager unterwegs war, grundsätzlich ein PI, also ein BND-, HBW-, DOJ⁵-Mitarbeiter, mit dabei war.

Es gab äußerst vereinzelt Ausnahmen dahin gehend, dass zum Beispiel Termine vereinbart waren, lang vereinbart waren, Dolmetscher unterwegs war, Räumlichkeiten angemietet waren, alles wunderbar, und justament an dem Tag, wo sich das Team auf den Weg machen sollte, ist der deutsche Befragter erkrankt. Das ist vorgekommen. Da wurde dann versucht, Ersatz zu beschaffen von deutscher Seite. Wenn es nicht anders ging, dann hat - ich weiß jetzt aber nicht, in wie viel Fällen das tatsächlich der Fall war - der Dienststellenleiter entschieden: Okay, jetzt macht es dann ausnahmsweise ein US-Befragter alleine. Ein Kriterium, wenn es dann darum ging, dass er

⁵ Klarstellung des Zeugen: „streiche ‚DOJ‘, setze ‚DEU‘“, siehe Anlage 1.



Nichtöffentliche Sitzung

es alleine macht, war, dass er ad 1 der deutschen Sprache extrem gut mächtig ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Grundsätzlich zu den gemeinsamen Befragungen: Ja. Wenn es jetzt wirklich in die Details geht im Einzelfall „Hat der Dienststellenleiter ...“, dann bitte ich, das in eingestufter Sitzung zu schildern. Grundsätzlich: Dass die gemeinschaftlichen Befragungen stattgefunden haben, dass es Ausnahmen gegeben hat: Ja. Aber jetzt Detailinformationen bitte in eingestufter Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, genau. - Aber nehmen wir jetzt mal an, Sie haben eine gemeinsame Befragung gemacht: Wie war es dann da? Da hat der Kollege sich mitnotiert, Sie haben mitnotiert.

Zeuge U. P.: Richtig.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie sich da vorher abgestimmt über die Fragen? Hat da jeder das gefragt, was er für interessant empfunden hat? Wie war es dann mit dem Bericht oder der Meldung? Wurde die dann gemeinsam erstellt?

Zeuge U. P.: Also, es hat im Vorfeld Abstimmungen gegeben, dass man halt sich überlegt hat, wie man das Gespräch aufzieht. Bei mir war es zum Beispiel so, dass ich immer den Lead hatte. Das heißt, ich habe das Gespräch zu 90 bis 95 Prozent geführt. Der Kollege schrieb dann mit. Und wenn mir dann was - in Anführungsstrichen - „durch die Lappen gegangen ist“ oder ein Thema mir entfallen war - wie auch immer -, dann gab es da den Hinweis von der Seite von wegen: Hak da doch noch mal nach, hak da doch noch mal nach. - So war das in den gemischten Teams.

In den rein deutschen Teams, die es auch gab, war es so, dass wir das dann je nach Thema aufgeteilt haben und auch über das Gespräch hinweg fifty-fifty aufgeteilt haben, abwechselnd, dass jeder mal die Möglichkeit hatte, sich kurz zurückzunehmen, zu sammeln und auch dann

mehr, sage ich mal, Energie darauf verwenden konnte, direkt die Notizen mit zu machen. Denn es ist tatsächlich nicht ganz einfach, die Frage zu stellen, zu gucken: „Wie reagiert die Gesprächsperson auf diese Frage?“, zu gucken: „Wie reagiert dann der Dolmetscher auf diese Frage?“, gleichzeitig dann bei der Antwort das gleiche Spielchen rückwärts, mitzuschreiben, sich schon die nächste Frage zu überlegen. Von daher hat man da so ein bisschen changiert.

Was jetzt praktisch die Bearbeitung, weitere Bearbeitung in der Dienststelle anbelangt, hat man sich dann nach dem Gespräch zusammengesetzt, die gemachten Notizen verglichen - mal hatte der eine etwas ausführlicher an einer Stelle; an einer anderen war es dann wieder andersherum -, hat sich also gegenseitig auf den Stand gebracht, hat dann überlegt, wie man diese Erkenntnisse vernünftig thematisch aufteilt, und hat sich dann an die Meldungerstellung gemacht.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt ist der AND-Kollege ja nicht einfach so dabei, sondern der AND verspricht sich da natürlich auch Meldungen aus der ganzen Befragungstätigkeit. Wie war es denn damit? Sie haben dann Ihre Meldung, Ihren Bericht an Ihre Auswertung geschickt. Was hat denn der amerikanische Kollege gemacht? Bestand da die Möglichkeit, dass der, sage ich mal, da selbst tätig wird? Oder war aus Ihrer Sicht sichergestellt, dass die Weitergabe an den AND, also in die USA, an den Dienst, dann tatsächlich nur über Ihre Auswertung und eben, ja, auch eine Vorentschei - oder eine, ja, sage ich mal, eine Freigabe auch getätigter wurde?

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge U. P.: Die Meldung, die die deutsche Seite, also die deutsche Befragerteamseite, erstellt hat, ging über die Führungsstelle, also über das Referat, dann an die auswertenden Bereiche. Genauso wurde mit den Meldungen verfahren, die die Amerikaner erstellt haben. Die gingen auch über die Führungsstelle, das Referat, an die auswertenden Bereiche und von dort auch dann an die entsprechenden US-Bereiche, nachgeordneten Dienststellen.



Nichtöffentliche Sitzung

Nina Warken (CDU/CSU): Und das war immer der Weg. Und da gab es keinen Extraweg, den der Kollege begehen konnte.

Zeuge U. P.: Die Meldungen, die die Partner erstellt haben, gingen logischerweise auch an den Partner. So. Aber - -

Nina Warken (CDU/CSU): Aber nicht direkt von dem Kollegen, der mit Ihnen befragt hat, -

Zeuge U. P.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - sondern immer über die Auswertung.

Zeuge U. P.: Richtig. - Nicht über die Auswertung, über das Referat.

Nina Warken (CDU/CSU): Über das Referat.

Zeuge U. P.: Aber nicht alle Meldungen, die in der Dienststelle erstellt worden sind, gingen auch automatisch an den Partner, sondern es gab durchaus Bereiche - - Also, wenn deutsche Interessen berührt waren, die hat der Partner dann nicht bekommen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sei denn, er war schon bei der Vernehmung dabei!)

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es Einschränkungen? Also, haben Sie da auch die Person nach Handynummern gefragt, nach Geodaten gefragt? Oder gab es da Einschränkungen?

Zeuge U. P.: Wir haben die Person in der Vorprüfung nach ihrer Mobilfunknummer, Erreichbarkeit gefragt, eben um die Kommunikation zu vereinfachen. Explizit nach - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff dazu.

RD Philipp Wolff (BK): Wenn es jetzt ganz konkret um Details geht, was erfragt wurde, dann bitte ich, das in eingestufter Sitzung zu schildern.

Ganz allgemeine Aussagen, wie Sie sie hier jetzt getätigkt haben, sind okay.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann ist meine Zeit, glaube ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion. Jetzt stellt Frau Kollegin Renner von der Fraktion Die Linke die Fragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Guten Tag, Herr U. P.!

Zeuge U. P.: Guten Abend!

Martina Renner (DIE LINKE): Meine erste Frage wäre, ob Sie im Vorfeld der heutigen Befragung mit dem Zeugen R. C. gesprochen haben.

Zeuge U. P.: Wir haben miteinander telefoniert, dass wir am gleichen Tage einen Termin haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Und haben Sie sich da auch noch mal über Ihre ehemalige Arbeit in der HBW unterhalten?

Zeuge U. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie denn mit anderen Mitarbeitern des BNDs im Vorfeld der heutigen Befragung gesprochen?

Zeuge U. P.: Ich habe mit dem Kollegen dort hinten kurz gesprochen, etwa eine halbe Stunde, über das Prozedere, aber nicht inhaltlich, weil ich noch nie vor einem Untersuchungsausschuss oder dergleichen gesessen habe, und hatte halt - -

(RA Johannes Eisenberg:
Keine Akten eingesehen!)

Ich habe auch keine Akten eingesehen.

(RA Johannes Eisenberg:
Also ein jungfräulicher
Zeuge!)



Nichtöffentliche Sitzung

Martina Renner (DIE LINKE): Der Kollege R. C. war für Sie auch erreichbar, weil Sie in derselben Dienststelle sind? Oder gibt es da noch Kontakt?

Zeuge U. P.: Nein. Wir sind in derselben Behörde.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind in derselben Behörde. Aber Sie wussten, Sie konnten ihn dann erreichen.

Zeuge U. P.: Ja.

(RA Johannes Eisenberg:
Telefon!)

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, wir haben ja so ein paar Informationen im Vorfeld bekommen, dass Sie ja doch jetzt mittlerweile in verschiedenen Bereichen tätig sind. Deswegen ist die Frage berechtigt, Herr Eisenberg, falls Ihr Gegrummel irgendein Missmut sein soll.

(RA Johannes Eisenberg:
„Telefon“ habe ich gesagt!)

Zeuge U. P.: Das hat er so nicht. Er hat nur „Telefon“ gesagt, und genauso war es auch.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

(RA Johannes Eisenberg:
Gibt es auch beim BND!)

Und der Anlass, mit Herrn R. C. zu reden, war zu sagen: „Hallo, Sie sind auch geladen, ich auch“? Oder was war der Anlass, mit Herrn R. C. Kontakt aufzunehmen?

Zeuge U. P.: Ja, dass wir halt tatsächlich beide geladen sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Das - - Na ja.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War ein kurzes
Gespräch!)

Zeuge U. P.: Lang war es nicht, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Kollegen der amerikanischen Seite kamen alle vom DIA? Oder waren das auch Kollegen von NSA, CIA oder FBI oder anderen amerikanischen Diensten? Da gibt es ja unzählige.

Zeuge U. P.: In der Tat unzählige. Aber meines Wissens nach waren das alles DIA-Angehörige, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): DIA ist ein militärischer Geheimdienst?

Zeuge U. P.: Defense Intelligence Agency, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist dem Pentagon angegliedert. Haben Sie sich mal darüber Gedanken gemacht, warum die Kooperation mit einem militärischen Geheimdienst stattfindet?

Zeuge U. P.: Da, denke ich, muss man auch auf die Geschichte und die Besonderheiten dieser HBW schauen, woraus sie erwachsen ist, und da ist halt DIA übergeblieben.

Martina Renner (DIE LINKE): Vom Kalten Krieg.

Zeuge U. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Mich würde interessieren: Wenn die Kollegen der DIA unterwegs waren, hatten sie einen Dienstausweis der HBW?

(RD Philipp Wolff (BK): In
eingestufter Sitzung!
Hatten wir vorhin auch in
eingestufter Sitzung!)

- Okay. - Die wurden auch - - Vielleicht kann man das ja beantworten, wer sie bezahlt hat. Der BND nicht?

Zeuge U. P.: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wissen Sie nicht. Wem waren die denn dienstrechtlich unterstellt?



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

Zeuge U. P.: Ich bin kein Jurist. Das kann ich Ihnen so nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer war weisungsbeifugt gegenüber den Kollegen?

Zeuge U. P.: Na, also - - Der Dienststellenleiter hat ihnen gesagt, was zu machen ist, ja. Aber ob das jetzt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und die haben auch ihre Stundenabrechnungen dann dem Dienststellenleiter gegeben, ihre Reisekostenabrechnungen und was man da so macht als Mitarbeiter.

Zeuge U. P.: Also, wo sie ihre Stundenzettel abgerechnet haben, das weiß ich nicht. Reisekosten? Nein, haben sie nicht bei uns abgerechnet, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren sie eigentlich nicht dem BND unterstellt, oder?

Zeuge U. P.: Na ja, also, wie jetzt das genaue formaljuristische Unterstellungsverhältnis ist, mit Verlaub, das weiß ich nicht. Das waren Kollegen, die mit uns zusammen gearbeitet haben, ja. Aber, wie gesagt, wie das da jetzt formaljuristisch war: Tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich sage mal so: Wenn eine deutsche Behörde, die der BND ja noch ist - also auf jeden Fall in unserem Verständnis, vielleicht nicht in seinem -, Mitarbeiter eines ausländischen Nachrichtendienstes mit Dienstausweis und Befugnissen ausstattet, die Befugnisse auch in die Grundrechte von Menschen eingreifen - es geht ja um ND-Maßnahmen hier, und unser Grundrechtsbegriff endet wenigstens nicht beim deutschen Pass -, müsste man wenigstens so eine Konstruktion zugrunde legen, dass diese Mitarbeiter, ich sage mal, in irgend-einer Form den Eid auf die Verfassung und Ähnliches dieses Staates geleistet haben und - -

Zeuge U. P.: Ich bin kein Jurist, das tut mir leid. Auf die Diskussion kann ich mich definitiv nicht einlassen.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil der Grundrechtseingriff ist ja nun - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine einmalige Konstruktion!)

- Ja, wirklich. - Also, der Grundrechtseingriff ist ja nun klar. Es ist eine ND-Maßnahme, bei der personenbezogene Daten erhoben werden und geteilt werden mit anderen Dienststellen, also nicht nur zu der Zielperson selbst, sondern auch zu anderen Personen, über die die Zielperson berichtet.

Zeuge U. P.: Ich bin kein Jurist. Ich kann mir da kein Urteil darüber erlauben, tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Wenn man da so anfängt und man sagt: „Okay, wir arbeiten hier in Teams“, und da sind auch die Amerikaner, und die kommen mit ihrem eigenen Laptop, und die befragen auch die Flüchtlinge, und die erstellen Protokolle, fragt man sich dann nicht irgendwann mal: „Auf welcher Grundlage arbeiten wir denn mit denen zusammen?“?

Zeuge U. P.: Also, dass Amerikaner mit ihren Laptops in Befragungen saßen, kann ich hier nicht bestätigen, zumindest was die Berliner Dienststelle anbelangt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, die hatten immer Zettel und Stift dabei.

Zeuge U. P.: Ja, manchmal auch Stadtpläne.

Martina Renner (DIE LINKE): Die sie dem zu Befragenden vorgelegt haben.

Zeuge U. P.: Die wir den zu Befragenden, wenn die Notwendigkeit bestand, vorgelegt haben, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren das Satellitenbilder?

Zeuge U. P.: Karten, also Stadtpläne.



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Waren das Satellitenbilder auch?

(RD Philipp Wolff (BK) meldet sich zu Wort - RA Johannes Eisenberg: Das gehört alles in die nichtöffentliche Sitzung!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte, Herr Eisenberg?

RD Philipp Wolff (BK): Wiederum: Zu den genau - -

(RA Johannes Eisenberg: Das gehört in die nichtöffentliche Sitzung! Das wissen Sie doch! Das ist doch vorhin schon mal in die nichtöffentliche Sitzung verwiesen worden!)

Martina Renner (DIE LINKE): Also, der Zeuge hat jetzt selbst von Stadtplänen gesprochen, und dann habe ich nachgefragt, ob es sich um Stadtpläne handelt in dem Sinne, wie wir uns vielleicht einen Stadtplan vorstellen, so wie früher gefaltet irgendwie usw., oder ob es sich um Satellitenbilder handelt.

(RA Johannes Eisenberg: Daraufhin habe ich gesagt: Zu den Einzelheiten kann er nur in nichtöffentlicher Sitzung etwas sagen!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben hier eigentlich gar nichts zu sagen, Herr Eisenberg.

(RA Johannes Eisenberg: Stimmt!)

Das ist halt das Traurige.

(RA Johannes Eisenberg: Aber ich darf ja doch auch sagen, wenn der Zeuge seine Aussagegenehmigung

überschreiten würde bei einer Beantwortung!)

Martina Renner (DIE LINKE): Sie können den Zeugen beraten; das wissen Sie, seit wie vielen Sitzungen wir hier zusammensitzen. Aber das - -

(RA Johannes Eisenberg: Sie wissen doch ganz genau, dass Sie ihn nach was fragen, was er in öffentlicher Sitzung nicht beantworten darf!)

- Was ich hier mache, ist mein Bier, und das haben Sie nicht zu kommentieren, ja?

(RA Johannes Eisenberg: Doch!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich überlege mal, wann ich einschreite. Auf jeden Fall wird es jetzt wieder lebendiger. Eben war es so ein bisschen ruhig geworden. Jetzt sind alle wieder wach. - So, jetzt hat Frau Kollegin Renner noch gut anderthalb Minuten für die letzten Fragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Befragungen fanden zum Teil jetzt in Ihrem Bereich auch in einer Form statt, dass nur die amerikanischen Befragter zugegen waren, oder war immer ein BND-Mitarbeiter auch dabei?

Zeuge U. P.: Wie ich vorhin schon gesagt habe, gab es tatsächlich die extreme Ausnahme, dass auch in sehr, sehr seltenen Fällen ein US-Befragter alleine eine Befragung, einen Termin wahrgenommen hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Und im Nachgang wurde Ihnen das Protokoll ausgehändigt?

Zeuge U. P.: Im Nachgang setzte man sich zusammen. Dann wurde Bericht erstattet. Das heißt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Schriftlich oder mündlich?

Zeuge U. P.: Zunächst mal in mündlicher Form. Anhand der handschriftlichen Notizen wurde



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

das Gespräch also durchgegangen, was da stattgefunden hat. Und dann erfolgte durch den Partner, also US-Befrager, die entsprechende Verschriftlichung des Ganzen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde Ihnen jetzt - das ganz kurz noch - wegen dem Laptop einen kurzen Vorhalt machen, und zwar aus MAT A BND-50/3. Das ist die Tagebuchnummer 247/16. Da geht es um den Treffbericht zu einer Quelle, und dort finden Sie unter 3.2 - -

RD Philipp Wolff (BK): Ist das ein eingestuftes Material? Dann bitte ich auch, das entsprechend nicht zu zitieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber das - - Wir können doch immer noch - -

RD Philipp Wolff (BK): Einen stillen Vorhalt machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber ich habe doch noch gar nicht gesagt, um was es hier geht.

RD Philipp Wolff (BK): Doch, natürlich haben Sie das. Unter Ziffer 3.2 finden wir wahrscheinlich jetzt etwas, was Sie schon zuvor gesagt hatten.

(RA Johannes Eisenberg:
Laptop!)

Aber genau das ist nicht Sinn des stillen Vorhalts.

Martina Renner (DIE LINKE): Unter 3.2 finden Sie etwas, was Sie sich gerne durchlesen würden.

RD Philipp Wolff (BK): Richtig. Und ich bitte, das nicht zu zitieren, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dann im Nachgang würde ich Sie fragen, ob Ihre Aussage zu korrigieren ist.

RD Philipp Wolff (BK): Ich bitte, es wirklich nicht zu zitieren. Insofern ist - -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann machen wir das doch mal in einer eingestuften Sitzung. Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, machen wir dann da. Gut. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen der SPD. Herr Kollege Lischka.

Burkhard Lischka (SPD): Ja, Herr P., jetzt vielleicht mal vorne noch mal angefangen bei Ihrer Außenstelle: Wie viele Befragungen haben Sie denn so im Jahr im Durchschnitt durchgeführt?

Zeuge U. P.: Ich persönlich?

Burkhard Lischka (SPD): Nein, insgesamt, die Außenstelle.

Zeuge U. P.: Die Dienststelle. Also, bis September 2012 kann ich das nicht sagen, weil ich da Befrager war. Ab September 2012, sagen wir mal, für das letzte Vierteljahr 2012 grob geschätzt 20, 25 Gesprächstermine. Da fasse ich zusammen die Vorprüfungen und Befragungen, also Gesprächstermine. Ich glaube, auf den Terminus kann man sich möglicherweise einigen.

Burkhard Lischka (SPD): Pro Jahr.

Zeuge U. P.: Das war jetzt das - -

Burkhard Lischka (SPD): Und das war etwa die Zeit, hatten Sie, glaube ich - -

Zeuge U. P.: Moment, ganz kurz. Das war das letzte Vierteljahr 2012, wo ich dann zunächst mal kommissarisch Befragerführer war. Dann das Jahr 2013 betrachtet, meine ich, dann jetzt aufs Jahr bezogen, waren es 30, knapp drüber, knapp drunter.

Burkhard Lischka (SPD): Das war dann zu einer Zeit so etwa, sagten Sie vorhin, mit vier bis fünf HBW-Befragern. Richtig?

Zeuge U. P.: Die Zahl vier bis fünf HBW-Befrager bezog sich auf den September 2012. Das habe ich möglicherweise unscharf ausgedrückt. Anfang 2013 hatte ich zum Teil einen bzw. zwei HBW-, also deutsche Befrager.



Nichtöffentliche Sitzung

Burkhard Lischka (SPD): Jetzt sage ich es mal ziemlich laienhaft: Pro Befrager wären das im Jahr etwa zehn, fünfzehn Gespräche. Richtig?

(Der Zeuge nickt)

Womit war man sonst denn üblicherweise dann beschäftigt? Können Sie das mal schildern? Neben diesen Befragungen in der HBW: Was hat da vor allen Dingen personelle Kapazitäten gebunden?

Zeuge U. P.: Also, zunächst mal ist es so, dass - das habe ich versucht, auch schon vorhin zu kommunizieren - die Vorbereitungen von Gesprächen durchaus zeitintensiv waren. Das heißt, es - - Aus der Mengenlehre: Es mussten da Schnittmengen gebildet werden, wo dann die zu befragende Person Zeit hatte, wo ein entsprechender Dolmetscher zur Verfügung stand. Das ist bei bestimmten Dialekten nicht einfach, da dann eben auch die entsprechenden Leute verfügbar zu haben.

Die Gesprächsvor- und Gesprächsnachbereitung ist je nach Thema auch durchaus intensiv gewesen. Das heißt, diese Zeiten kommen noch mit dazu. Das jetzt nur zu beschränken auf „er fährt los, er ist da, er fragt, er fährt nach Hause“, wäre ein bisschen eng gefasst.

Burkhard Lischka (SPD): Können Sie noch was zu diesen Teams darlegen, auch mal grob zunächst mal? Wie groß waren denn üblicherweise die Teams? Ich habe jetzt Ihren bisherigen Aussagen entnommen: Es gab zumeist - jetzt nehmen wir mal den Regelfall - einen Befrager HBW, einen AND, ich nehme an, noch einen Dolmetscher dabei. Waren das immer Dreierteams, oder gab es davon auch Ausnahmen? Oder war das so, sagen wir mal, in 99 Prozent der Fälle die Regel?

Zeuge U. P.: Also, in 80 Prozent der Fälle war das die Regel, dass es praktisch diese Dreierteams sind, wobei eben der Dolmetscher ja kein HBW-Mitarbeiter ist, sondern -

Burkhard Lischka (SPD): Das ist klar.

Zeuge U. P.: - ein - in Anführungsstrichen - „gemieteter Dolmetscher“. Es gab auch rein deutsche Befragungen ohne Beteiligung der Partner, auch dort in aller Regel in Zweierteams, und es gab auch Befragungen ohne Dolmetscher. Wenn man zum Beispiel festgestellt hat im Rahmen der Vorprüfung, oh, der Gesprächspartner spricht -

Burkhard Lischka (SPD): - Englisch gut.

Zeuge U. P.: - gut Englisch oder auch Französisch, dann hat man das auch gerne eben in der Sprache geführt, so die Befrager dieser Sprache mächtig waren. Da hatte man aber auch schon im Vorfeld drauf geschaut, nach Möglichkeit auch von der Sprachkompetenz her eben entsprechend dann diese Teams zu bilden.

Es gab also keine festen Teams, dass immer A mit B und C mit D losmarschiert ist, sondern das war abhängig eben von der Sprachkompetenz, auch von der Kapazität und auch von den Themen, weil jeder Befrager so im Laufe der Zeit so seinen Spezialbereich im Grunde entwickelt, wo er dann eher zu Hause ist. Generell kann man aber auch sagen, dass ein Befrager tatsächlich ein eher in der Breite aufgestellter Universaldilettant ist. Also, es geht nicht in die Tiefe, es geht in die Breite.

Burkhard Lischka (SPD): Gab es für Sie eigentlich so Grenzen des Teams? Also, wir hatten vorhin von einem Zeugen gehört: Wir haben uns immer bemüht, dass die Teams auch nicht so groß sind, damit wir da möglicherweise die Asylbewerber auch nicht verschrecken, indem wir da - - Gab es da aber auch mal Fälle, wo Sie wirklich - ich weiß nicht - mit fünf, sechs, sieben Leuten in dem Team dort - - Nein?

Zeuge U. P.: Nein. Was vorgekommen ist: dass im Rahmen - -

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Das ist dann eingestuft.

Burkhard Lischka (SPD): Okay. - Sie haben ja geschildert, dass im Regelfall von dem AND auch



Nichtöffentliche Sitzung

ein Befrager dabei war. Sie haben eben auch noch mal gesagt: Es gab Einzelfälle, wo wir auch Befragungen alleine gemacht haben. Können Sie das so grob prozentual einschätzen, in wie viel Prozent der Fälle ein AND-Befrager mit dabei war? Hier in Berlin.

Zeuge U. P.: Ja, zu was anderem kann ich nun schon gleich gar nichts sagen. Ich möchte sagen, auch - - Ja, ich möchte sagen: 80 Prozent, denke ich, sind die in gemischten Teams abgelaufen.

Burkhard Lischka (SPD): Hat man sich zwischen den Außenstellen mal ausgetauscht auch hinsichtlich dieser Befragung, dieser Teamstärke, auch entsprechend der Beteiligung von ANDs? Ich frage einfach mal deshalb, weil wir von einem Zeugen auch gehört haben, dass der Anteil weitaus geringer gewesen ist in einer anderen Außenstelle, was die Beteiligung von ANDs angeht, auch mit dem Argument: Wir wollten eigentlich immer in sehr, sehr kleinen Teams dort auftreten, weil wir ansonsten die Befürchtung hatten, dass die Asylbewerber oder der konkrete vielleicht auch ein bisschen verschreckt wird.

Zeuge U. P.: Man hat sich durchaus über das eine oder andere ausgetauscht, ja. Und es ist auch - -

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Also, ich habe das Go. - Es gab tatsächlich unterschiedliche, ja, sage ich mal, Arbeitsweisen in den Außenstellen, was die Einbindung der Partner anbelangte, und zwar aufgrund der Tatsache, dass an mancher Außenstelle eben fast kein Partner, also US-Befrager, war, an der Berliner Stelle aber doch eben zwischen - was habe ich gesagt? - 2001 sieben bis acht - das schwankte auch -, dann vier, fünf zum Ende hin. Da gab es auch ganz klar die Anweisung, dass die auch zu beschäftigen sind.

Burkhard Lischka (SPD): Wie haben die sich üblicherweise generell an diesen Gesprächen beteiligt? Waren das eher Zuhörer, oder waren die ein aktiver Part? Waren die HBW-Befrager der aktive

Part, und es gab dann vielleicht noch ein paar gezielte Nachfragen?

Zeuge U. P.: Also, ich zum Beispiel - - Wenn ich mit einem Partnerbefrager losmarschiert bin, hatte ich den Lead. Das heißt, ich habe das Gespräch geführt. Da war der Partnerbefrager respektive die Partnerbefragerin, was es auch gab, eher etwas abseits. Sie hat mir dann oder er hat mir dann Hinweise gegeben: hier noch und da noch. - Als ich Befrager war und auch eben befragt habe, war es in meinen Befragungen nie so, dass der Partner da den Lead übernommen hat oder eine führende, dominante Rolle gespielt hat.

Burkhard Lischka (SPD): War das generell so, oder war das ein Stückchen weit personenabhängig?

Zeuge U. P.: Also, was jetzt die Befragerinnen und Befrager anbelangt in der Zeit von 2001 bis September 2012 an der Berliner Dienststelle, weiß ich das nicht, kann ich das nicht sagen. Als ich dann Befragungsleiter war, kommissarisch, September 2012, habe ich durchaus darauf hingewiesen und hingewirkt, darauf zu achten, dass eben die deutschen Befrager da die Chefs im Ring sind. Und da gab es auch in der Zeit keine Probleme.

Burkhard Lischka (SPD): Haben Sie jemals erlebt, dass es Vorschläge der Mitarbeiter des AND gab, wen man eigentlich mal sprechen sollte?

Zeuge U. P.: Das habe ich jetzt nicht verstanden.

Burkhard Lischka (SPD): Na, dass Vorschläge vom AND selber oder es Wünsche gab, bestimmte Personen, bestimmte Asylbewerber zu befragen. Oder ging die Initiative jedes Mal von Ihnen aus? Oder gab es andersherum auch mal Wünsche, die an Sie herangetragen wurden, dass man sagte - ich sage es jetzt mal konkret -: Es gibt den und den Asylbewerber hier. Wollen wir den nicht mal sprechen?

Zeuge U. P.: Nein.

Burkhard Lischka (SPD): Nicht? - Okay.



Nichtöffentliche Sitzung

Zeuge U. P.: Das ließ das System auch gar nicht zu; denn die Partner haben ja gar nicht erfahren, wer in Deutschland Asyl beantragt hat, sondern das ging zunächst ja über die deutschen Schreibtische, also über den - -

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Also, das heißt, die Deutschen haben entschieden, welche Tipps, welche Anhörungsprotokolle bearbeitet werden. Und auch nur davon - - Dann hat der Partner überhaupt davon erfahren, dass Asylbewerber XY aus sonst woher in Deutschland Asyl beantragt hat. Oder habe ich Ihre Frage jetzt nicht richtig verstanden?

Burkhard Lischka (SPD): Na ja, ich frage auch vor dem Hintergrund: Wenn wir uns mal an die letzten Wochen auch erinnern, auch an das, was durchaus pressewirksam ist, dass es ja immer wieder Hinweise von ANDs gibt, auch gegenüber unseren Nachrichtendiensten, auch bezüglich möglicher Flüchtlinge, die sich in Deutschland aufhalten, die über den IS zum Beispiel eingeschleust wurden, und Ähnliches.

Zeuge U. P.: So was hatten wir nicht.

Burkhard Lischka (SPD): Und von daher war so meine Überlegung, ob es nicht möglicherweise auch mal Wünsche vom AND gab, dass gesagt wurde: Wir wissen, hier ist ein Asylbewerber. Sollen wir den nicht mal gemeinsam sprechen? - So was gab es nicht?

Zeuge U. P.: Nein, gab es definitiv nicht.

Burkhard Lischka (SPD): Okay. - Sie hatten vorhin auch geschildert diese Frage - - Sie haben eine erste Befragung. Dann haben Sie das Verfahren geschildert, dass es dann zu weiteren Gesprächen Befragungen gab, vom HBW. Können Sie das mal so prozentual vielleicht ein bisschen grob festmachen: Wie häufig hat es sich nach einem Gespräch erschöpft? Und Sie haben gesagt: Das ist jetzt nicht so viel Mühen mehr wert. - Und in wie viel Prozent der Fälle gab es denn weitere Gespräche?

Zeuge U. P.: Da muss man die Zeit mit einbeziehen in die Antwort. Also, 2001, als ich angefangen habe, oder im Sommer 2001, als ich angefangen habe, schätze ich mal - - Das ist jetzt aber tatsächlich eine Schätzung, weil die explizite Zahl kann ich nicht sagen, sondern eine Hochrechnung von dem, was bei mir an Ergebnissen herausgekommen ist und an weiterführenden Befragungen. Da schätze ich ungefähr, dass 60, 70 Prozent der bearbeiteten Fälle tatsächlich mit der sogenannten Vorprüfung, also diesem Erstgespräch, dann auch beendet waren.

Burkhard Lischka (SPD): Wurde das mit den Mitarbeitern des AND auch diskutiert? Gab es da auch schon mal Meinungsverschiedenheiten, dass vonseiten der Befrager des AND gesagt wurde: „Also, wir kommen aber hier zu einer anderen Einschätzung, würden das gerne weiter fortführen“? Das war meistens einvernehmlich - oder immer?

Zeuge U. P.: Meiner Erinnerung nach - - Gut, also, wie gesagt: Bis 2012 war ich Befrager. Da gab es bei Gesprächen, die ich mit geführt habe, oder Tipps, die ich bearbeitet habe, keinen DisSENS.

Burkhard Lischka (SPD): Okay.

Zeuge U. P.: Das konnten wir im Vorfeld klären. Und danach, als ich dann eben kommissarischer Befragerführer war bzw. dann auch eben verfügbarer Befragerführer, auch nicht.

Burkhard Lischka (SPD): Sie hatten ja dann geschildert die Belehrung der Asylbewerber hinsichtlich der Freiwilligkeit, auch in jeder Phase dieses Verfahrens. Wie häufig kam das denn vor, dass dann ein Asylbewerber gesagt hat: „Nein, ich möchte dieses Gespräch nicht“ oder: „Ich möchte auch dieses Gespräch nicht weiterführen“? Waren das absolute Ausnahmefälle, oder war das schon eine qualifizierte Minderheit?

Zeuge U. P.: Also, bei mir persönlich bis 2012 möchte ich sagen, dass das überschlagsweise - nageln Sie mich nicht fest - 15, 20 Prozent der Fälle waren, dass die Personen gesagt haben:



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

Nein, ich möchte mich mit Ihnen nicht unterhalten.

Burkhard Lischka (SPD): Okay.

Zeuge U. P.: Also, ich urteile das immer, also: Befrager-, Befragerführerzeit. - Als Befragerführer von 2012 bis 2014 verschwindend gering. Also, kann ich da nicht beziffern. Ich habe es nicht so wahrgenommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Burkhard Lischka (SPD): Haben Sie das eigentlich, rückblickend betrachtet, für eine ergiebige Arbeit gehalten, wo Sie sagen, diese Befragungen haben schon etwas gebracht, da waren auch wirklich top interessante Sachen dabei, oder war das etwas, was Sie eher einordnen würden als eher geringen Informationsgehalt, so insgesamt?

Zeuge U. P.: Also, zum einen gab es ja Rückäufberungen von den auswertenden Bereichen respektive aus den auswertenden Bereichen heraus, die sich positiv über die Ergebnisse und Arbeitsergebnisse geäußert haben. Und auch mein persönliches Gefühl, also jetzt wieder explizit persönliche Meinung, ist so, dass es ein durchaus nützliches Instrument und auch sinnstiftendes Instrument ist. Ob nun als integriertes oder als nationales System, lasse ich einmal dahingestellt.

Burkhard Lischka (SPD): Okay. - Vielen Dank. Ich glaube, meine Zeit war jetzt auch um.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Passt genau. - Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und zu Herrn Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich habe zunächst zu den Zahlen noch mal eine Frage, weil wir ja vorhin einen Kollegen von Ihnen gehört haben. Da waren die viel, viel höher. Habe ich Sie da richtig verstanden, circa zehn Gespräche im Jahr hatten Sie geführt, oder wie viel?

Zeuge U. P.: Also, ich meine nicht, dass ich gesagt habe, dass ich zehn Gespräche im Jahr geführt hatte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern? Ja wie viel denn?

Zeuge U. P.: Also, für die Zeit bis September 2012 kann ich nur sagen, was ich gemacht habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja; klar.

Zeuge U. P.: Und dann hatte ich gesagt, dass, wenn ich mich jetzt richtig erinnere, in der Zeit von September 2012 bis Jahresende 2012, da mögen es, glaube ich, 10 oder 15 oder 20 - - gesagt.

Das Jahr 2013 waren es auch, meine ich, 25, 30 Gespräche, was natürlich auch der Tatsache geschuldet war, dass ich zu dem Zeitpunkt über lange Zeit nur einen respektive zwei deutsche Befrager zur Verfügung hatte und wir eben in gemischten Teams, also wenn - - die Partner nach Möglichkeit nicht alleine haben Gespräche führen lassen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich halte Ihnen das mal vor. Wir haben vorhin gehört: Am Anfang - das war jetzt nicht 2012/2013, sondern - - wurden 1 500 im Jahr, also sollen das - - Und bei Ihnen - - Also vom ganzen Team jetzt.

Zeuge U. P.: Ich habe nur von der Berliner Dienststelle gesprochen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge U. P.: Andere Zahlen weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, bei Ihnen waren es jedenfalls sehr viel weniger, waren es die Zahlen, die Sie jetzt gesagt haben. Also, selbst 25 in drei Monaten oder - - ist ja nicht viel im Monat. Bleiben fünf im Monat oder so.



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

Ich will einfach wissen: Wie lange haben Sie sich ungefähr um einen Fall durchschnittlich gekümmert? Also, war das ein Gespräch von einer halben Stunde, oder war das ein Gespräch vom Nachmittag oder einen ganzen Tag, oder wie war das?

Zeuge U. P.: Also, die sogenannte Vorprüfung war ein Gespräch, was dem Inhalt nach etwa einer halben, Dreiviertelstunde entspricht. Das heißt, mit Dolmetscher, im Zweifel etwas ausgeschweifendere Antworten kann so ein Gespräch sich auch in realitas tatsächlich schon mal auf zwei, zweieinhalb Stunden erstreckt haben. Dazu kommt noch die Anreise, die Abreise. So. Dann ist also - - Sagen wir: Auch für ein nur zweistündiges Gespräch ist in der Regel der gesamte Arbeitstag weg.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge U. P.: Denn die Asylbewerber waren ja nun zum Teil auch eher, sagen wir, einsam untergebracht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um was ging es denn bei den Befragungen?

Zeuge U. P.: Um - -

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist ja nur in nicht-
öffentlicher Sitzung!)

- Das ist jetzt ja wieder in - -

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde der Praktikabilität vorschlagen, dass der Zeugenbeistand mit der Bundesregierung das irgendwie vermittelt. Das muss nicht immer über mich gehen, wenn da Diskussionen sind. Also, ich erlaube das grundsätzlich.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich habe es ihm doch
gesagt!)

Zeuge U. P.: Also, die Themenbereiche deckten ab: Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, teilweise Militär, Migration. Also, wie gesagt: Die Befrager sind breit aufgestellt und dementsprechend auch die Themen, die es zu bearbeiten gilt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, was war denn Ihr Auftrag? Sollten Sie einfach mal hören, was er erlebt hat, oder sollten Sie auf bestimmte Sachen achten? Ging es um militärische Objekte?

Zeuge U. P.: Nein. Die Befragungsthemen richten sich nach dem, was die zu befragende Person mitbrachte an Wissen, also was in ihrem Kopf drin war. Und das richtet sich danach, wo sie herkommt, welche Funktion sie hatte, sei es gesellschaftlich, sei es beruflich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nach was haben Sie denn - - Sie haben ja erst die Berichte oder Befragungen gelesen vom Bundesamt.

Zeuge U. P.: Die Anhörungsprotokolle, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und danach haben Sie dann entschieden: Um den kümmern wir uns mehr. - Und was hat Ihre Aufmerksamkeit?

Zeuge U. P.: Da haben wir dann anhand dieser Anhörungsprotokolle entschieden: Okay, diesen Tipp greifen wir auf oder aber eben auch nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, welche haben Sie aufgegriffen und welche nicht?

Zeuge U. P.: Personen, von denen wir ausgingen, dass sie über Wissen verfügen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen. Ja, jeder verfügt über Wissen.

Zeuge U. P.: Über Wissen, was interessant ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, kommt drauf an, was interessant ist.



Nichtöffentliche Sitzung

RD Philipp Wolff (BK): Wenn es wirklich um konkrete Inhalte geht, dann nur in eingestufter Sitzung. Natürlich, so interessant ist das Auftragsprofil für den BND, und da kann man natürlich nicht draus zitieren! Aber das liegt auf der Hand!

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also sagen Sie nichts, oder wie?

Zeuge U. P.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es kommt ja gleich noch die eingestufte Sitzung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Wir können das verschieben. - Dann habe ich - - Zu der anderen Frage noch mal zurück: Mitarbeit oder Zusammenarbeit mit den AND-Kollegen. Was wurde Ihnen denn gesagt, als Sie angefangen haben - oder auch dann später -, was für eine Stellung die da haben? War das einfach eine Begleitperson, die aus Interesse da mal zuhören will, oder waren die mehr?

Zeuge U. P.: Das waren Befragerkollegen wie ich auch, also auf Augenhöhe, definitiv nicht mehr, nicht drüber.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nicht drüber. Haben die selber eine eigene Agenda gehabt? Haben die selber Zettel gehabt und gesagt: „Jetzt stelle ich mal die und die Fragen“?

Zeuge U. P.: Nein. Die Fragen wurden im Vorfeld miteinander abgestimmt. Aber dann kommen wir jetzt auch schon wieder in die Methodik der Vorbereitung rein. Das gibt meine Aussagegenehmigung nicht her.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und welche Stellung hatten die, waren die Mitarbeiter Ihres Amtes, von HBW? Galtten die als Mitarbeiter von HBW? Wie sind die da reingekommen? Sie haben jetzt mit jemandem geredet, und da hatten Sie noch einen Dolmetscher, und dann haben Sie gesagt: Das ist jetzt Herr Meier aus den USA. - Oder was haben Sie gesagt?

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge U. P.: Also, es war folgendermaßen, dass wir, wenn wir in das Gespräch reingegangen sind - - Also, der Herr Eisenberg ist jetzt zum Beispiel der Partnerbefragter. Wir unterhalten uns. Ich stelle mich vor: Gestatten, mein Name ist U. P. Ich komme von der Hauptstelle für Befragungswesen. Das ist der Kollege Eisenberg.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wurde gesagt: „Er ist auch vom HBW“?

Zeuge U. P.: Das ist der Kollege Eisenberg.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja: Der Kollege Eisenberg, auch vom HBW.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ein amerikanischer Agent eigentlich! -
RA Johannes Eisenberg:
Aus Kreuzberg, ja!)

Zeuge U. P.: Sachen gibt's, die gibt's gar nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge U. P.: Ich sagte: Sachen gibt's, die gibt's gar nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Also, ich meine, seien Sie doch nicht so schwerfällig. Ich habe erst mal gefragt, was Ihnen vorher gesagt worden ist, was diese Person - - Das ist doch nicht eine normale Arbeit des Bundesnachrichtendienstes, dass die mit Personen anderer Dienste zusammen irgendwie losgehen und sagen: Das ist auch einer von uns.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war die letzte - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde Ihnen denn gesagt, sollen Sie sagen: „Das ist auch ein HBW-Mann“? Hatten die



Nichtöffentliche Sitzung

Ausweise vom HBW? Haben Sie einen Ausweis vorgezeigt und der auch, oder wie war das?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre die letzte Frage. Aber wir sind noch in öffentlicher Sitzung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann können wir doch gleich den Herrn Wolff hier die Fragen beantworten lassen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Die gleiche Frage hatten wir eben schon mal beim vorherigen Zeugen. Deswegen erwähne ich es.

Zeuge U. P.: Das weiß ich ja alles nicht.

(RA Johannes Eisenberg:
Eben! Und außerdem ist das ja auch schon beantwortet! - Der Zeuge berät sich mit RD Philipp Wolff (BK))

Das waren die Kollegen von der HBW.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben die sich auch ausgewiesen als Kollegen von - - Oder wurde nur - - Wurde überhaupt kein Ausweis vorgezeigt?

Zeuge U. P.: Das ist - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren doch dabei, oder nicht?

Zeuge U. P.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann können Sie doch sagen: Ja; nein; weiß ich nicht.

(RA Johannes Eisenberg:
Also, das mit diesen Ausweisen müsste ja in nichtöffentlicher Sitzung beantwortet werden, wenn ich mich recht entsinne! Wenn ich das mal erinnern darf!
Hatten wir ja eigentlich alles heute schon mal!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Und wir wären auch mit der Zeit am Ende. - Da die Fraktion der CDU/CSU jetzt keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung hat, sind wir bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Ich bleibe mal bei den Kollegen der DIA. Sie waren ja streckenweise kommissarischer Referatsleiter, haben Sie eingangs erwähnt.

Zeuge U. P.: Mit Verlaub, nein. Ich war kommissarischer Befragerführer.

Martina Renner (DIE LINKE): Befragerführer.

Zeuge U. P.: Referatsleiter wäre chic gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, Befragerführer. Auf jeden Fall sind Ihnen ja dann auch solche administrativen Abläufe sicherlich darüber bekannt. Wie sieht das aus? Also, man verabredet sich, gemeinsam einen Flüchtling irgendwo aufzusuchen, und fährt dann gemeinsam mit dem Auto. Oder fährt jeder mit seinem eigenen Auto?

Zeuge U. P.: Man ist im Team gereist, also zusammen gereist.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn man dann zum Beispiel die Einrichtung, also Erstaufnahmeeinrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft, betritt, weist man sich gegenüber den Betreibern oder dem Wachdienst aus?

Zeuge U. P.: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Und da hat der amerikanische Kollege auch einen Ausweis?

(RA Johannes Eisenberg:
Das kann man dann nur in nichtöffentlicher Sitzung beantworten!)

RD Philipp Wolff (BK): Die Ausweisfrage ist eingestuft, Frau Renner, und die können wir gerne in nichtöffentlicher Sitzung behandeln.



Nichtöffentliche Sitzung

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Und wer hat den Ausweis ausgestellt?

(RA Johannes Eisenberg:
Nichtöffentliche Sitzung!)

- Nichtöffentliche Sitzung, gut. - Und wir haben ja schon geklärt: Also, bezahlt haben Sie den Kollegen nicht, der Bundesnachrichtendienst?

Zeuge U. P.: Also, ich persönlich habe den Kollegen definitiv nicht bezahlt.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, hatten die so ein Anstellungsverhältnis wie Sie? Also, ich nehme an, so ein Sachbearbeiter muss - - Also, ich sage mal so: Ein Sachbearbeiter muss doch irgendwie wahrscheinlich irgendwie einen Stundennachweis führen, ja. Wenn er irgendwo hinwill, stellt er - -

(RA Johannes Eisenberg: Er ist ein Beamter!)

- Bitte, Herr Eisenberg, es wäre jetzt ganz gut - Sie sind mittlerweile munter; das freut uns - - aber wenn Sie einfach ein bisschen ruhiger werden.

So. Also, Sie führen einen Stundennachweis gegenüber Ihrer Personalstelle, oder ich weiß nicht, wie das bei Ihnen organisiert ist. Sie müssen einen Dienstreiseantrag stellen, wenn Sie in irgendeine andere Stadt wollen, wenn Sie das Dienstfahrzeug des BND nutzen wollen oder ein öffentliches Verkehrsmittel. Wenn Sie Verpflegung unterwegs einnehmen, müssen Sie das wahrscheinlich auch noch abrechnen und Ähnliches mehr. Musste das der amerikanische Kollege auch alles so?

Zeuge U. P.: Ich weiß nicht, wie er das abgerechnet hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Macht der das für lau, aus Spaß, oder fährt der einfach so mit?

(RA Johannes Eisenberg:
Das weiß er doch nicht!)

Zeuge U. P.: Ich weiß es nicht. Also, ich kann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Man arbeitet über mehrere Jahre zusammen. Dann fragt man doch mal: Wer bezahlt dich? Was kriegst denn du eigentlich? - Da kommen ja auch noch Versicherungsfragen. Also, ich überlege mir mal, so ein Auto verunglückt irgendwie. Was ist denn dann? Ist der dann versichert über den BND, oder verscharrt man dann die Leiche? Also, was ist denn - -

Zeuge U. P.: Es tut mir leid, Frau Renner. Ich weiß es nicht. Ich kann Ihnen diese Frage nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber fragt man - - Wenn ich mit jemandem Tag für Tag zusammenarbeite, fragt man den nicht so was: „Bist du Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes, oder bist du Mitarbeiter des DIA, und wer bezahlt dich, wer versichert dich, wer kontrolliert dich?“?

Zeuge U. P.: Also, mit Verlaub, Frau Renner: Das war definitiv nie ein Thema zwischen mir und einem der Kollegen der US-Befrager, tatsächlich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie hatten getrennte - - Hatten Sie eigentlich getrennte Büros?

Zeuge U. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Aber es gab gemeinsame Besprechungen?

Zeuge U. P.: Es gab anlassbezogene gemeinsame Besprechungen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie den Klarnamen des Kollegen gekannt, oder haben Sie ihn unter einem Tarnnamen angesprochen?

(RA Johannes Eisenberg:
Das gehört doch aber in die
nichtöffentliche Sitzung!
Methode!)

Wissen Sie nicht?

Zeuge U. P.: Nichtöffentlich.



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso denn das?)

- Ich darf nichts über die Methodik in öffentlicher Sitzung sagen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Methodik, wie Sie den angesprochen haben?)

- Na ja, Namensgebrauch ist Methodik, also nach meinem Dafürhalten schon.

Martina Renner (DIE LINKE): Was wäre denn passiert, ein Befragter hätte sich beschwert, hätte gesagt: „Bei mir waren zwei Leute. Der eine hat mich in dem Gespräch in meiner Landessprache angesprochen und mir gedroht, entweder ich sage was, oder meiner Familie passiert was zu Hause“ oder so? Wer hätte die Fach- und Rechtsaufsicht über den US-amerikanischen Befrager ausgeübt, zu sagen: „Das geht überhaupt nicht hier, Leute zu bedrohen oder Ähnliches“? Wer ist die Rechts- und Fachaufsicht?

Zeuge U. P.: Na ja, die Fachaufsicht war ab September 2012 bis September 2013 kommissarisch, was die Berliner Dienststelle anbelangt, war ich, und ab September 2013 bis eben Juni 2014 verfügte ich. Da war ich die Fachaufsicht, aber Rechtsaufsicht, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Rechtsaufsicht, nein. Rechtsaufsicht bei Eingriff in Grundrechte, nein.

Zeuge U. P.: War ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wer war es denn? Ich würde gerne wissen, wer die Rechtsaufsicht war.

(RA Johannes Eisenberg:
Das müssen Sie den BND fragen!)

- Der BND sitzt vor mir. Also, der Spruch, ich müsste den BND fragen, ist lustig.

(RA Johannes Eisenberg:
Die Rechtsabteilung!)

- Nein, die Rechtsabteilung muss ich gar nicht fragen. Jeder einzelne Beamte muss, wenn er in die Grundrechte eingreift, irgendwie selbst darüber Kenntnis haben.

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat er ja nicht gemacht!)

- Er greift doch auch in die Grundrechte ein, natürlich.

(Zuruf von
RA Johannes Eisenberg)

- Herr Eisenberg, es ist jetzt gut!

(RA Johannes Eisenberg:
Wieso denn? Aber wenn Sie ihn hier in einer Weise bedrängen! Sie haben doch unterstellt - -)

- Ich bedränge hier gar niemanden. Und wie wir hier vernehmen und wie wir fragen, haben Sie überhaupt nicht zu kommentieren. Ich denke, Sie sind Strafverteidiger. Sie müssten das wissen.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber ich könnte jetzt - -
Aber entschuldigen Sie mal, Herr Vorsitzender!
Darf ich mal das Wort erbitten? Ich beantrage jetzt mal, festzustellen, dass die Frage unzulässig ist! -
Gegenruf des Abg.

Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt erbitten Sie das Wort! Sie reden die ganze Zeit! - Gegenruf von RA Johannes Eisenberg: Ja, das ist ja in Ordnung! Nach dem Parlamentarischen Untersuchungsausschussgesetz, habe ich doch bei Ihnen hier gelernt, kann doch jetzt der Zeuge durch



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

mich beantragen, festzustellen, dass die Frage unzulässig ist! Die Frage lautet nämlich, dass jemand in einer Sprache, die er nicht versteht, und mit einer Gestik, die er nicht versteht, jemanden bedroht! Das nennen Sie Grundrechtseingriff! Und jetzt fragen Sie ihn, wer die Rechtsaufsicht darüber hat!)

- Nein, nein, nein.

(RA Johannes Eisenberg:
So! Die Frage ist
unzulässig!)

- Ich habe gesagt: Es kann ja sein, dass auch mal irgendwo Beschwerden aufgetaucht sind. Und da stellt sich für mich dann die Frage, ob es eine Rechtsaufsicht gegeben hat. Wir haben die Fachaufsicht geklärt.

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist doch jetzt eine ganz
andere Frage! Die kann er
auch beantworten!)

- Dann hören Sie doch mal zu! - Die Frage ist irgendwie: Fachaufsicht haben wir geklärt; lag bei Ihnen für einen bestimmten Zeitraum. Und die Rechtsaufsicht, wer hatte die denn? Weil der Kollege auf amerikanischer Seite hat ja hier in Deutschland ND-Maßnahmen durchgeführt, und da muss es ja eine Rechtsaufsicht geben.

Zeuge U. P.: Aufgrund der Tatsache, dass es keine Beschwerden gab vonseiten der Befragten, entzieht sich das definitiv meiner Kenntnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Und unabhängig davon, ob es Beschwerden gab: Haben Sie sich mal überlegt, wer die Rechtsaufsicht ist?

Zeuge U. P.: Das hätte sich dann im Zweifel, denke ich, schon rausgestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Wer hat denn - - Also, wie sind denn diese Amerikaner eigentlich zu Ihnen gekommen? Also, es klingt jetzt sehr banal; aber das würde mich interessieren. Also, irgendjemand muss die ja sozusagen in diese HBW gebracht haben. Die werden ja nicht irgendwann mal vor der Tür gestanden haben und geklingelt und gesagt haben: Wir arbeiten ab morgen zusammen. - Wissen Sie was darüber, wenn da neue Mitarbeiter kamen, über welchen Weg die dorthin kamen?

Zeuge U. P.: Ganz kurz.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Also, ein paar US-Kollegen oder US-Befrager waren ja schon da. Und dann gab es natürlich Personalaustausch, wenn Stehzeiten abgelaufen waren usw. Und dann teilte uns die Führungsstelle mit, also das Referat: Es kommt ein neuer US-Befrager. Der heißt soundso. Der ist dann und dann da. - Beziehungsweise wurde dann auch von einem anderen US-Kollegen praktisch mitgebracht. Und dann standen die quasi vor der Tür respektive der US-Kollege, der andere, der dabei war, der Längergediente - - ⁶kamen sie auch zur Tür rein.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie eigentlich auch mal in den USA, dienstlich, nicht privat?

Zeuge U. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie hier in der Bundesrepublik in Liegenschaften von US-Geheimdiensten oder US-Streitkräften?

Zeuge U. P.: Ich war einmal in einer US-Liegenschaft in Grafenwöhr. Da ging es um den Umzug des Mobiliars der US-Kollegen aus der Berliner Dienststelle. Die hatten - -

Martina Renner (DIE LINKE): Eigenes Mobiliar?

⁶ Ergänzung des Zeugen: „einfügen „so“, siehe Anlage 1.



Nichtöffentliche Sitzung

Zeuge U. P.: Die hatten Panzerschränke.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, das ist gut.

Zeuge U. P.: Und die mussten natürlich dann entsorgt werden, also wieder in den Bestand der Amerikaner zurückgeführt werden. Sonst fehlt denen ja was.

Martina Renner (DIE LINKE): Die hatten eigene Panzerschränke, in denen sie ihre eigenen Dokumente und Laptops verwahrt haben oder Ähnliches? Keine Panzerschränke des BND, kein Verwahrgelass, wie das so schön heißt, des Bundesnachrichtendienstes?

Zeuge U. P.: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wollen wir das in der nächsten Runde klären?

Martina Renner (DIE LINKE): Oh, das wird unter Geheimschutzverordnung bestimmt total spannend. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil mit den Panzerschränken ist ja ganz beachtlich. - Frau Kollegin Mittag für die SPD.

Susanne Mittag (SPD): Ja. - Ich habe nur noch ein paar Fragen. Sie sind ja - - Bei den Befragungen, da gab es ja, sagen wir mal, bei der einen oder anderen Person mehrere Befragungen, so nach und nach - - ergibt sich, dass das ganz ergebnisreich ist. Und dann wurden ja Berichte gefertigt. Wer entscheidet denn jetzt am Ende, ob der Bericht nun, wenn der AND mal nicht dabei gewesen ist - - wie die weitergegeben werden oder ob sie weitergegeben werden an AND? War das jetzt der Befrager selber, das war der Befragerführer oder die Dienststellenleitung?

Zeuge U. P.: Die Dienststellenleitung.

Susanne Mittag (SPD): Die Dienststellenleitung.

Zeuge U. P.: Zum Teil in Abstimmung mit den auswertenden Bereichen, wenn ich mich da jetzt recht erinnere.

Susanne Mittag (SPD): Mit den auswertenden Bereichen. Aber das ist - -

Zeuge U. P.: Deutsche Auswertung.

Susanne Mittag (SPD): Mit den deutschen auswertenden Bereichen. Aber nicht zwingend in Rückkopplung mit dem Befrager? - Es könnte also auch eine einsame Entscheidung gewesen sein?

Zeuge U. P.: Wenn die Führungsstelle oder das Referat gesagt hat: „Okay, wir geben das auch an die Partner“, obwohl das aus einer rein deutschen Befragung war, dann gab es sehr wohl Rückkopplungen mit den Befragern. Aber die Entscheidung oblag der Führungsstelle, also dem Referat.

Susanne Mittag (SPD): Hat der Befrager eine Empfehlung gegeben?

Zeuge U. P.: Ja. Er wurde halt gefragt, ob seiner Meinung nach da Hindernisse dem entgegenstehen.

Susanne Mittag (SPD): Und war das auch mal strittig?

Zeuge U. P.: Meiner Erinnerung nach nicht. Also, was mich persönlich anbelangt, definitiv nicht. Das kann ich mit großer Gewissheit, na, mit Gewissheit sagen. Aber auch in der Zeit, als ich Befragerführer war - - Nein, das hätte ich mitbekommen.

Susanne Mittag (SPD): Hätte man sich denn da drüber mal unterhalten, mit Befragern untereinander? Man spricht ja auch miteinander, oder?

Zeuge U. P.: Man kommuniziert durchaus miteinander.

Susanne Mittag (SPD): Genau. Also: Das hat geklappt, das hat nicht so gut geklappt. Da gab es Probleme. Kann das - -

Zeuge U. P.: Meinen Sie jetzt, was die Weitergabe von Meldungen - -



Nichtöffentliche Sitzung

Susanne Mittag (SPD): Ja, dass eine Empfehlung da war: „Nein, lieber nicht weitergeben, könnte eine Gefährdung sein oder sonst irgendwie was“, und es ist doch weitergegeben worden?

Zeuge U. P.: Nein. Meines Wissens nach hat man sich nicht über die Meinung des Befragers dann hinweggesetzt.

Susanne Mittag (SPD): Wie ist denn vorgegangen worden, wenn der AND alleine befragt hat, jetzt kurzfristig krank - -

Zeuge U. P.: Krank geworden.

Susanne Mittag (SPD): Ja. „Oh, ganz unglücklich; geht nicht anders. Jetzt befragt der AND alleine. So, nun kann man nur hoffen und beten, dass alle Berichte ankommen.“ Wie läuft das dann denn weiter?

Zeuge U. P.: Ja, der Partnerbefragter kommt zur Dienststelle und erstattet Bericht, zunächst mal in mündlicher Form. Dann wird das verschriftet, eben in einen Gesprächsbericht und, wenn angefallen, dann Meldung.

Susanne Mittag (SPD): Wo verschriftet denn der AND das auf der Dienststelle, auf Ihrer?

Zeuge U. P.: In seinem Büro.

Susanne Mittag (SPD): In seinem Büro, an seinem Rechner?

Zeuge U. P.: Ja, an seinem PC.

Susanne Mittag (SPD): Ja. - Hat der eine Außenanbindung oder - -

Zeuge U. P.: Nein, stand-alone.

Susanne Mittag (SPD): Bitte?

Zeuge U. P.: Stand-alone.

Susanne Mittag (SPD): Stand-alone. - Hat er nur immer an seinem Rechner die Berichte dann verschriftet oder auch Zugriff auf BND-Rechner?

Zeuge U. P.: Kein Partnerbefragter hat Zugriff auf BND-Rechner oder BND-Telefone, die in das BND-Netz reinreichen, gehabt.

Susanne Mittag (SPD): Und wenn er den jetzt verschriftet hat auf seinem Stand-alone-Rechner, was hat er denn damit gemacht? Ausdrucken, so. Und dann? Kann er ja nirgends hinschicken, ist ja stand-alone. Drucken - und dann kopieren? Nein.

Zeuge U. P.: Drucken, knicken, abheften - nein. Die Meldungen wurden dann auf USB-Sticks gezogen von den Partnern, und die wurden dann über eine Schnittstelle praktisch ins deutsche System reingenommen.

Susanne Mittag (SPD): Von wem? Wer hat den Stick denn dann gekriegt? Sie?

Zeuge U. P.: Die Außenstelle, der dafür zuständige Mitarbeiter.

Susanne Mittag (SPD): Ja. Aber der deutsche Mitarbeiter. Also, er hat den Stick dann übergeben?

Zeuge U. P.: Ja, ja, der deutsche Mitarbeiter. Nur der deutsche Mitarbeiter hat den Stick in diese entsprechende Schnittstelle - -

Susanne Mittag (SPD): Ja. Wobei sich dann die Absprache, ob das weitergegeben wird oder nicht, ziemlich erledigt hat, weil der AND war ja schon da. Das hätte man sich dann gespart.

Zeuge U. P.: Denklogischerweise - -

Susanne Mittag (SPD): Ja. - Dann habe ich noch eine Frage. Sie haben ja mehrere Befragungen durchgeführt.

Zeuge U. P.: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Und dann wird ja auch einiges geschildert. Und wenn Sie jetzt von schwerwiegenden Vorfällen, von Verbrechenstatbeständen Kenntnis erlangt haben, wie sind Sie denn damit umgegangen? Sie haben sich mit demjenigen oder derjenigen unterhalten und haben dann festgestellt, also einmal: Derjenige war



Nichtöffentliche Sitzung

jetzt Augenzeuge von einem - was weiß ich? - Verbrechenstatbestand - den kennen Sie ja auch -, oder der Befragte war Opfer. Das kann ja erst nach und nach rauskommen. Das erzählt man ja nicht zwingend gleich, wenn man den ersten Asylantrag unterschreibt.

Zeuge U. P.: Das ist richtig. Aber ich fürchte, da müsste ich jetzt dann doch zu sehr ins Detail gehen, wenn ich von so einer Befragung - -

Susanne Mittag (SPD): Eigentlich nur, wie grundsätzlich damit umgegangen wird.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge U. P.: Also, in meiner aktiven Zeit als Befragter hatte ich keinen Fall, wo eine zu befragende oder eine befragte Person selber Verbrechen verübt hat und mir das gegenüber geschildert hat.

Susanne Mittag (SPD): Nicht verübt - erlitten.

Zeuge U. P.: Ja. Sie haben ja beides gefragt, verübt und erlitten. Bei „erlitten“ ist jetzt die Frage: Also, es gab durchaus Schilderungen, zum Beispiel, dass Personen inhaftiert wurden und da misshandelt wurden. Das wurde dann entsprechend auch in Meldungen dokumentiert.

Susanne Mittag (SPD): Und dann verschwindet das ja nun relativ auch in der Versenkung. Also, ich sehe, nicht jeder, der dann da ist, weiß ja, dass, sagen wir mal, solche Schilderungen unter Umständen in späteren Verfahren sehr wichtig sein könnten, vielleicht im Moment nicht, wenn es noch Krieg gibt, aber in späteren schon, wenn es um Verbrechen gegen die Menschlichkeit geht oder wenn man später mal ein Verbrechen aufklären kann. Es wird ja nicht jedes sofort aufgeklärt. So. Und dann schildern Sie das. Sie schreiben es in den Bericht rein. Aber auf diesen Bericht hat ja kein Mensch mehr Zugriff. Also, eigentlich verschwindet dann die Schilderung ja im Großen und Ganzen in der Versenkung und kann auch nirgends mehr - in Anführungsstrichen - „genutzt“ werden, um mal auch einen Täter zu ermitteln bzw. irgendwann mal damit

umzugehen und zu sagen: Das ist bei so einer Befragung auch rausgekommen.

Den, den Sie befragen, der weiß ja nicht, was er für Möglichkeiten hat, dass man, sagen wir mal, später vielleicht doch mal den Täter kriegen könnte. Also, die, die aus diesen Gegenden kommen, denke ich, haben ja allerhand gesehen und auch einiges erlitten, und das kann ja später, sagen wir mal, eine wichtige Schilderung sein.

Zeuge U. P.: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Kommt in die Akte, und dann wird erst mal abgelagert, oder wie?

Zeuge U. P.: Ich habe jetzt Ihre Frage nicht verstanden.

Susanne Mittag (SPD): Also, Verbrechenstatbestände, die nimmt man ja nicht einfach zur Kenntnis. Ich wollte jetzt einfach wissen, wie damit umgegangen wird, wenn man feststellt, dass derjenige Opfer ist bzw. ob er irgendwas Dramatisches gesehen hat, was man später auch als Zeuge gebrauchen kann, was auch wichtig wäre.

Zeuge U. P.: Das wird dokumentiert in Form von Meldungen.

Susanne Mittag (SPD): Von Meldungen. Und dann, wo geht das dann hin?

Zeuge U. P.: In die auswertenden Bereiche.

Susanne Mittag (SPD): Und da bleibt das dann erst mal? - Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will jetzt nicht als Zeuge antworten. Aber ich glaube, der Zeuge ist tatsächlich überfragt, weil das wäre sicher nicht seine Aufgabe als Befragerführer, das an Staatsanwaltschaften zu übermitteln. Da sind tatsächlich die auswertenden Bereiche zuständig. Es gibt die entsprechenden Übermittlungsvorschriften, §§ 20 ff. Bundesverfassungsschutzgesetz, auf die das BND-Gesetz verweist. Das muss geprüft werden, ist aber tatsächlich nicht prioritäre Aufgabe des BND, der primär außen- und sicherheitspolitische Sachverhalte von Bedeutung erhebt.



Nichtöffentliche Sitzung

Aber es passiert natürlich. Es wird geprüft, und es wird nach Prüfung der Voraussetzung entsprechend übermittelt, was in der Vergangenheit auch geschehen ist. Aber das wird nicht - - Da ist sicher nicht er verantwortlich als Befragerführer.

Susanne Mittag (SPD): Perfekte Antwort, reicht auch völlig aus. Aber ist ja interessant, fände ich jetzt als Befrager auch interessant, wo das am Ende bleibt oder wer dann dafür zuständig ist. Ab und zu kann man ja ein paar Zuständigkeiten weitergucken. Das ist ja auch ganz interessant. - Das wär's. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann sind wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kollege von Notz stellt die Fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hallo, Herr U. P., wie viele - vielleicht können Sie das noch mal sagen; das habe ich irgendwie nicht recht mitbekommen - US-Amerikaner haben denn bei Ihnen gearbeitet auf der Dienststelle?

Zeuge U. P.: Also, im Jahr 2001, im Juni 2001, als ich auf die Berliner Dienststelle kam, waren es meiner Erinnerung nach sieben oder acht. Die Zahlen veränderten sich dann, gingen tendenziell runter. Und im Jahr 2013, als ich also Befragerführer wurde, waren es dann vier, meine ich, vier oder fünf, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber zwischen dieser Spanne, zwischen sieben und vier?

Zeuge U. P.: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die ganze Zeit über all die Jahre?

Zeuge U. P.: Na ja, es gab auch Phasen, wo dann tatsächlich nur zwei anwesend waren, eben auch durch Urlaubszeiten, Lehrgänge usw., aber die eigentlich auf dieser Dienststelle, sagen wir, verfügt oder der Dienststelle zugeteilt waren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und insgesamt waren Sie in der Dienststelle wie viele?

Zeuge U. P.: 2001, als ich angefangen habe, waren wir eben diese sieben oder acht US-Befrager und auch acht, meine ich, deutsche Befrager und sieben oder acht Innendienstler, also Dienststellenleiter, Befragerführer, Verwaltung, Kasse usw. 2013, als ich dann Befragerführer geworden bin, waren es eben diese vier US-Befrager. Herbst 2013 waren wir vier deutsche Befrager.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Darf ich Sie fragen: Sagt Ihnen der Begriff „pärchenweise aufgehängen“ was?

Zeuge U. P.: Nein. Aber Sie werden es mir bestimmt gleich erklären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass Sie Teams gebildet haben, ein Deutscher und ein Amerikaner immer zusammen?

Zeuge U. P.: Wir haben grundsätzlich im Team gearbeitet. Es gab aber keine festen Teams. Also, es gab - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, aber vielleicht gab es ja so - - also, immer gemischt, oder gab es auch nur deutsche und nur amerikanische Teams?

Zeuge U. P.: Das habe ich schon gesagt. Es gab auch durchaus nur deutsche und in absoluten Ausnahmesituationen eben, wie auch gerade Frau Mittag gesagt hat, also wegen Krankheit, dass es dann tatsächlich war, dass ein Amerikaner - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, das mag die Ausnahme gewesen sein.

Zeuge U. P.: Aber das war es nicht, was Sie hören wollten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber war es grundsätzlich so, dass ein



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

Deutscher und ein Amerikaner ein Team bildeten? Dass die durchtrotzt haben und so - geschenkt. Aber war es grundsätzlich so, dass man Zweierteams hatte und ein Deutscher und ein Amerikaner zusammen waren?

Zeuge U. P.: Meistens hat es sich so ergeben, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja, so ergeben. Weil man morgens beim Kaffee gesagt hat: „Wer will jetzt wieder mit Mike?“, und dann hat halt im Sinne der Völkerverständigung - -

(Der Zeuge lacht)

- Nein, sagen Sie es mir! Ich würde es gern wissen.

Zeuge U. P.: Nein, ganz so war es nicht. Nein, es war nicht so, sondern es ist fallbezogen entschieden worden, welche Teams zusammenkommen, auch nach Kapazitäten. Es hat - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber hat man das Know-how der Amerikaner dazugenommen, und war das bewusst, dass man sozusagen ein internationales Team gebildet hat?

Zeuge U. P.: Es waren ja nun mal Amerikaner. Und wenn man dann ein gemischtes Team gebildet hat, war es ein internationales Team.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr U. P. - so albern das ist, Sie mit diesem Kürzel anzusprechen, und so leid mir das tut - -

Zeuge U. P.: Ich finde das auch nicht lustig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr U. P., könnten Sie vielleicht sagen, dass das grundsätzlich der Fall war, dass man einen deutschen und einen amerikanischen Befrager in Teams zusammen in diese Befragungen geschickt hat - wenn das so gewesen ist?

Zeuge U. P.: Die Prämisse war nicht, immer gemischte Teams zu bilden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sagen Sie „nicht immer“. Was war der Regelfall?

Zeuge U. P.: Das habe ich gerade gesagt. Im überwiegenden Maße waren es gemischte Teams, und somit kann man - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, so. - Und wie sind diese Teams zu stande gekommen? Und ich wollte jetzt gar keine rechtliche Bewertung, nach welchem Paragrafen oder so, sondern eine praktische.

Zeuge U. P.: Also, eine rechtliche Bewertung - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben da lange gearbeitet. Wie sind diese Teams zustande gekommen?

Zeuge U. P.: Nach Kapa- -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es da einen Arbeitsplan? Wurde ein Los gezogen? Wie hat man das entschieden? Wer hat das entschieden?

Zeuge U. P.: Nach Kapazität, wer Zeit hatte, wer verfügbar war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben die Mitarbeiter selbst entschieden?

Zeuge U. P.: Nein, die Entscheidung schlussendlich traf der Dienststellenleiter respektive der Befragerführer.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und der hat die Leute zusammen gesetzt?

Zeuge U. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einen Amerikaner und einen Deutschen?

Zeuge U. P.: Nicht nach der Vorgabe: immer einen Amerikaner und einen Deutschen. Es hat sich dann tatsächlich auch aufgrund der -



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was soll das denn?

Zeuge U. P.: - ziemlich gleichen Anzahl ergeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also wirklich!

Zeuge U. P.: Ich weiß tatsächlich nicht, worauf Sie jetzt hinauswollen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, worauf will ich hinaus? Wir haben halt mehrere andere Bereiche, zu denen wir befragt haben, was so in Bad Aibling passiert ist und so, wo die Leute „pärchenweise aufgehängen“ waren, genau in dieser Zeit; ist nicht meine Begrifflichkeit, ich zitiere Kollegen von Ihnen. Und deswegen fällt es auf, dass Sie jetzt genau sozusagen dieses Modell auch in diesem Befragungswesen haben. - Waren das denn Contractors, oder waren das tatsächlich DNI-Originalmitarbeiter?

Zeuge U. P.: Das weiß ich nicht. Mir wurde gesagt, und ich habe es wahrgenommen - - Das ist DIA, also nicht DNI. DIA!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr U. P., Sie haben elf Jahre - stimmt das? -, zwölf Jahre dort gearbeitet. Ihnen wurde gesagt - - Sie werden doch wissen - das wussten zumindest Ihre Kollegen, die in Bad Aibling und so mit diesen Leuten gearbeitet haben -: Waren das direkte Geheimdienstmitarbeiter der USA, oder waren das auch Contractors? Booz Hamilton und so.

Zeuge U. P.: Herr von Notz, ich weiß es definitiv nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie von Einzelfällen?

Zeuge U. P.: Ich weiß es nicht, ob es im Befragungswesen Contractors gab, ob es alles, also die US-Befrager, ob es hauptamtliche DIA-Mitarbeiter waren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Wer hat denn diese Ausweise besorgt? Diese Ausweise hat ja wohl der BND ausgestellt.

(RA Johannes Eisenberg:
Nichtöffentliche Sitzung!)

Zeuge U. P.: Das mit den Ausweisen hatten wir doch aber schon gehabt, dass das nichtöffentlich ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage Sie jetzt noch mal: Wer hat die Ausweise besorgt?

(RA Johannes Eisenberg:
Nichtöffentliche Sitzung!)

Wir haben noch viel Zeit. Wir werden der Sache auf jeden Fall auf den Grund gehen, ob jetzt hier oder nachher.

Zeuge U. P.: Ja, dann nachher.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Hatten - Sie haben das gesagt - - Gab es eigene Laptops dieser US-Mitarbeiter?

Zeuge U. P.: Laptops, die die mit in die Befragung - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine das so, wie ich es frage: eigene Laptops der US-Mitarbeiter?

Zeuge U. P.: Ich meine, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Die die mitgebracht haben? Die nicht vom BND kamen? Kein Siemens-Modell oder - -

(Martina Renner (DIE LINKE): Dell!)

- Dell, sehr gut. Ja, die Amerikaner haben bestimmt was Sichereres. - Also, haben sie alle den Standard-PC gehabt, oder hatten die Amerikaner eigene - -



Nichtöffentliche Sitzung

Zeuge U. P.: Die Amerikaner hatten ihr eigenes PC- und auch Laptop-Equipment.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. So. - Und war das stand-alone?

Zeuge U. P.: Jawohl.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher wissen Sie das denn?

Zeuge U. P.: Weil es so war, weil die Amerikaner keine Anschlussmöglichkeit hatten ans deutsche Netz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut, die hingen nicht an der Zitze vom BND. Aber sozusagen: Hatten die Internetzugang?

Zeuge U. P.: Nicht über den BND.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht das, was ich frage. Hatten die Internetzugang?

Zeuge U. P.: Sie hatten Telefonleitungen nach außen, und von daher dürfte es auch möglich gewesen sein - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also hatten sie einen eigenen Kanal, sozusagen alles an ihren Dienst zu schicken, was sie schicken wollten? - Das ist eine Ja-oder-Nein-Frage.

Zeuge U. P.: Wenn sie es drauf angelegt haben - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind Geheimdienstmitarbeiter, die zur Informationsbeschaffung da sind. Legen die es drauf an oder - -

Zeuge U. P.: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen nicht, ob die - - Sie wissen es nicht, ob die Informationen über ihre Laptops an ihren eigenen Geheimdienst geschickt haben? Das wissen Sie nach elf Jahren nicht?

Zeuge U. P.: Ich weiß nicht, ob die Amerikaner Informationen an dem BND vorbei direkt in ihr Mutterhaus geschickt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt „am BND vorbei“? Haben die über ihre Laptops Informationen, Protokolle, Meldungen verschickt? An den BND können sie ja nicht geschickt haben, weil die waren ja im Hinblick auf den BND total stand-alone.

Zeuge U. P.: Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir -

Zeuge U. P.: Ich gehe nicht davon aus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - das mit einer anderen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Durften Sie - vorerst letzte Frage - privat mit den amerikanischen Mitarbeitern verkehren?

Zeuge U. P.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war verboten, untersagt?

Zeuge U. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Herzlichen Dank. Dann sind wir in der nächsten Runde. Die Fraktion der Union hat, glaube ich, keine Fragen derzeit. Dann sind wir bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Sie gemerkt haben, dass zu Befragende wertvolle Informationen doch bereitstellen konnten, gab es dann auch Überlegungen, die Person als Quelle zu werben?

RD Philipp Wolff (BK): Bitte das nur in eingestufter Sitzung.

Zeuge U. P.: Das ist nichtöffentlich.



Nichtöffentliche Sitzung

Martina Renner (DIE LINKE): Was war denn die Dienstsprache?

Zeuge U. P.: Deutsch.

Martina Renner (DIE LINKE): Und alle Protokolle wurden auf Deutsch abgefasst?

Zeuge U. P.: Jawohl.

Martina Renner (DIE LINKE): Und gab es so etwas wie eine Registratur für die Protokolle?

Zeuge U. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die Protokolle, die die Amerikaner gefertigt haben, sind auch in diese Registratur gelangt?

Zeuge U. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Vollständig?

Zeuge U. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei den Karten, die die Amerikaner vorgelegt haben. Gab es dort auch Fragen zu bestimmten Liegenschaften?

RD Philipp Wolff (BK): Bitte zu den konkreten Fragen nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten vorhin, Sie waren mal in Grafenwöhr, weil Sie wegen eines Tresortransports Dinge zu regeln hatten. Das ist ja nun der zweitgrößte Truppenübungsplatz der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland, oder? Also, militärische Einrichtung.

Zeuge U. P.: Das weiß ich nicht. Also, es ist eine US-Kaserne gewesen. So viel habe ich wahrgenommen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren die DIA-Angehörigen alle Militärs? Haben die sich mit Rangbezeichnung ansprechen lassen auch?

Zeuge U. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wussten Sie deren militärischen Rang?

Zeuge U. P.: Nein. Wir haben uns in aller Regel mit Vornamen angesprochen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber waren das Militärs?

Zeuge U. P.: Das weiß ich nicht, weil - - Also, sie liefen nicht in Uniform rum.

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre ja auch blöd gewesen. Dann kommt man in der GU nicht so gut an.

Zeuge U. P.: Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber man hat sich überhaupt nicht interessiert, mit wem man dort zusammenarbeitet und Informationen teilt? Also, das sind ja so - - Ich sage ja immer: Wenn man über viele Jahre mit Personen zusammenarbeitet, in Teams, stellt man sich ja auch mal solche Fragen zu: Was bist du eigentlich von Beruf? Was hast du vorher gemacht? Sind die immer auf Heimurlaub geflogen, oder - - Also, das muss doch - - Also, ich sage mal so: Man muss doch wissen, was die sind. Also, die Frage ist, glaube ich, ziemlich berechtigt: Waren das Militärs?

Zeuge U. P.: Nein, ich glaube, da gehen Sie tatsächlich etwas fehl; denn es ist tatsächlich so, dass uns durchaus bewusst war, dass die US-Befrager eben ND-Mitarbeiter sind. Das heißt also, solche Dinge wie: „Welche berufliche Ausbildung hast du gemacht? Was machst du großartig in deiner Freizeit?“, oder so was, das waren definitiv keine Gesprächsthemen. Die wurden weder von Partnerseite noch von unserer Seite angeschnitten.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren die bewaffnet?

Zeuge U. P.: Nein. Also, meines Wissens nach nicht. Ich habe nie irgendeine Waffe bei einem der US-Befrager gesehen.



Nichtöffentliche Sitzung

Martina Renner (DIE LINKE): Haben diese auch zu Befragende selbst als Quellen geworben?

Zeuge U. P.: Also, nichtöffentlich. Aber wer „die“?

Martina Renner (DIE LINKE): Der DIA. Also, haben die die Gelegenheit genutzt, auch dort Quellenwerbung durchzuführen?

Zeuge U. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist mal diskutiert worden, ob möglicherweise die Informationen, die dort erhoben werden von den Flüchtlingen, die ja größtenteils aus Krisen- und Kriegsregionen stammen, für militärische Zwecke genutzt werden?

Zeuge U. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Militärgeheimdienst befragt Personen, die aus Krisen- und Kriegsregionen kommen, zu möglicherweise militärisch relevanten Informationen, und dann kommt man nicht auf die Idee, dass es sich vielleicht um militärische Interessen handelt, die dahinterliegen könnten?

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge U. P.: Also, man hat sich im Kollegenkreis ausgetauscht. Zu Einzelheiten möchte ich auch dann auf den nichtöffentlichen Teil verweisen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, man hat sich im Kollegenkreis darüber ausgetauscht, dass es auch um militärische Dinge gehen könnte?

Zeuge U. P.: Man hat darüber gesprochen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat man auch gegenüber Vorgesetzten mal darüber gesprochen?

Zeuge U. P.: Machen wir das im nichtöffentlichen Teil.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten die US-Mitarbeiter noch mehr als nur Tresore von der Armee?

Zeuge U. P.: Zum Beispiel?

Martina Renner (DIE LINKE): Weiß ich nicht, ich frage Sie ja.

Zeuge U. P.: Sie hatten ihr eigenes Papier, das ein anderes Format hat als das deutsche. Sie hatten eigene Kugelschreiber. Sie hatten einen eigenen Kopierer. Also, Büromaterial, das haben Sie sich selber besorgt, jetzt aber nicht vom Militär, sondern von Büroausstattungsfirmen, die so was liefern.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum haben die nicht die Kulis vom BND genommen?

Zeuge U. P.: Das wird Bestandteil einer Vereinbarung gewesen sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gibt es denn über - - „Vereinbarung“ ist ein gutes Stichwort. Gibt es eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der HBW, die Sie kennen?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Muss ja so sein
logischerweise!)

Zeuge U. P.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und die kennen Sie auch?

Zeuge U. P.: Nicht im Wortlaut.

Martina Renner (DIE LINKE): Und da sind auch solche Dinge geregelt?

Zeuge U. P.: Ich weiß es nicht. Es war eine Vermutung meinerseits.

Martina Renner (DIE LINKE): Kostenteilung.

Zeuge U. P.: Ich habe gesagt: Ich gehe davon aus.



Nichtöffentliche Sitzung

Martina Renner (DIE LINKE): Haben die Amerikaner auch bei den Treffberichten Geld an die zu Befragenden gegeben? Also, vom BND gab es ja Aufwandsentschädigung, dann gab es Prämien, Erfolgsprämie, Leistungsprämie und so Geschichten. Haben die Amerikaner auch Geld an die zu Befragenden ausgereicht, oder hat das nur der BND gemacht?

Zeuge U. P.: Also nicht, wo ich dabei gewesen bin als Befrager. Und auch als Befragerführer habe ich davon nichts in den Berichten gelesen, und auch in den Gesprächen nichts, also in der Nachbereitung, sage ich mal, in der mündlichen Berichterstattung. Nein, kann ich mich nicht dran erinnern. Wobei auch für Berlin zu sagen ist, dass mit diesen Zahlungen, auch Aufwandsentschädigung usw., sehr restriktiv umgegangen worden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es sonst noch Vorteilsgewährungen außer Geld?

Zeuge U. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren bei - -

Zeuge U. P.: Ganz kurz: Also, was wir gemacht haben oder wofür wir uns eingesetzt haben, ist: Wenn jetzt zum Beispiel ein Asylbewerber, den wir befragen wollen, in einer ländlichen Gegend war, wo partout kein vernünftiger Besprechungsraum, wo man sich wirklich in Ruhe unterhalten konnte, da war, aber im Nebenlandkreis so etwas war, dann haben wir uns mit dafür eingesetzt durch ein Schreiben, was dann der Asylbewerber bekommen hat von wegen: Die HBW möchte mit ihm sprechen und bittet darum, dass dem Asylbewerber ein sogenannter Urlaubsschein, also eine temporäre Aufhebung der Aufenthaltsbeschränkung, gestattet wird. - Das ja. Wenn Sie das als Vorteil oder irgendwie so sehen wollen, das ja. Aber sonst, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren bei den Befragungen auch Bevollmächtigte der Flüchtlinge anwesend?

Zeuge U. P.: Das kam auch vor.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das wäre jetzt die letzte Frage.

Zeuge U. P.: Also, meist. Was heißt anwesend? Also, es ist manchmal über Mobiltelefon passiert. Und in einem Fall bei mir war auch der Anwalt anwesend, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und gegenüber diesem hat man sich auch als HBW ausgewiesen?

Zeuge U. P.: Ja.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Danke. - Dann geht es bei der SPD weiter.

(Christian Flisek (SPD): Wir haben keine weiteren Fragen!)

Dann Bündnis 90/Die Grünen? - Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei diesen Befragungen, die ja teilweise über Tage gingen: Mit wem wurde rückgekoppelt, wie der Stand der Vernehmung ist? Und hat man noch mal Feedback - -

Zeuge U. P.: Welche Vernehmung?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm?

Zeuge U. P.: Welche Vernehmung?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Befragung.

Zeuge U. P.: Die Befragung, ach so. - Also, wenn ich sage, dass eine Befragung sich einmal in die Länge gezogen hat und mehrtagig war, bedeutet das nicht, dass ich sage jetzt: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag in einer Woche, sondern - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ist schon klar. Wir haben ja die Akten gelesen. Das dauert manchmal Monate.

Zeuge U. P.: Ja.



Nichtöffentliche Sitzung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe ich. - Aber mit wem - - Das ändert ja nichts an meiner Frage. Mit wem wurden Zwischenergebnisse rückgekoppelt?

Zeuge U. P.: Die Meldungen gingen an die auswertenden Bereiche, und die auswertenden Bereiche haben rückgemeldet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die amerikanischen und die deutschen?

Zeuge U. P.: Die deutschen, ja. Die amerikanischen - - Ob das jetzt explizit die Auswertung war oder halt vom Mutterhaus der Kollegen, die da bei uns waren: Kam auch, allerdings sehr selten, meist viel zu spät. Da war dann die Sache schon gelaufen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie „Mutterhaus“ sagen, noch mal die Frage: Waren Sie da im selben - - Also, Sie hatten nicht die gleichen - - Sie saßen nicht zusammen in Büros?

Zeuge U. P.: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man hatte getrennte Büros?

Zeuge U. P.: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die waren unterschiedlich ausgestattet?

Zeuge U. P.: Technisch unterschiedlich ausgestattet. Die Büromöbel, die Tische und die Stühle, waren tatsächlich BND.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war auch unter einem Dach? Das war dasselbe Gebäude?

Zeuge U. P.: Jein. Wir sprechen ja wieder von einem Zeitraum. Also: Im Jahr 2001, als ich zum Befragungswesen kam, waren wir alle zusammen untergebracht in der - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das dürfen Sie bestimmt nicht sagen.

Zeuge U. P.: Das darf ich gewiss nicht sagen.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber: Waren Sie am Anfang zusammen oder getrennt?

Zeuge U. P.: Wir waren in einem Gebäude, aber dort getrennt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Und am Schluss waren Sie in getrennten Gebäuden?

Zeuge U. P.: Ganz zum Schluss waren wir wieder im selben Gebäude, aber auch dort getrennt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und zwischendrin waren Sie mal in getrennten Gebäuden?

Zeuge U. P.: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, gut. - Sie gehen hart mit meiner Zeit um, die immer nur acht Minuten beträgt.

Zeuge U. P.: Das tut mir sehr leid, Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese amerikanischen Kollegen: Haben die privat in Berlin gewohnt, oder haben die irgendwo gemeinsam gewohnt?

Zeuge U. P.: Das weiß ich nicht. Dadurch dass wir keinen privaten Umgang miteinander hatten, entzieht sich auch das meiner Kenntnis.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja.

Zeuge U. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Hatten die Privatfahrzeuge, sozusagen andere Dienstautos oder so als Sie, wenn man irgendwo hingefahren ist?



Nichtöffentliche Sitzung

Zeuge U. P.: Nichtöffentlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichtöffentlich, mhm.

Zeuge U. P.: Aber ich verspreche: Ich sage was dazu.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber bezüglich der Arbeitsbedingungen waren gleiche Rechte und Pflichten, oder hatten die - - Konnte Thanksgiving auf keinen Fall eine Befragung durchgeführt werden oder - -

Zeuge U. P.: Na ja, Thanksgiving ist ein Feiertag bei den Amerikanern, und an amerikanischen Feiertagen waren sie nicht zugegen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben also nach praktisch amerikanischem Recht gearbeitet?

Zeuge U. P.: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich bin kein - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es scheint ja so zu sein.

Zeuge U. P.: Ich kann Ihnen bestätigen, dass an Thanksgiving die Amerikaner freihatten, jawohl.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge U. P.: Ich kann Ihnen bestätigen, dass an Thanksgiving die Amerikaner freihatten, jawohl.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. - Wer hat eigentlich die englischsprachigen Meldungen verfasst? Also, wer hat die Übersetzung, wenn die Amtssprache Deutsch war und man die Betroffenen Deutsch befragt hat - so habe ich Sie verstanden - - Das ist korrekt?

Zeuge U. P.: Das kommt drauf an. Wenn die zu befragende Person englisch sprach, haben wir auch englisch befragt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann war die Sprache Englisch?

Zeuge U. P.: Dann war die Sprache der Befragung Englisch, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich Sie mal fragen, wie viel Prozent der Asylbewerber deutsch sprechen und wie viele englisch?

Zeuge U. P.: Also, ich kann Ihnen jetzt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, gerade so in den Zielgruppen - -

Zeuge U. P.: Ich kann Ihnen die Zahl der Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, die Deutsch sprechen, nicht benennen. Was die Zahl der Asylbewerber, die vom Befragungswesen aufgegriffen worden sind - - Also, Deutsch wesentlich weniger als Englisch, möchte ich meinen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die Befragungen wurden grundsätzlich in Englisch geführt?

Zeuge U. P.: Nein. Im überwiegenden Maße wurden die Befragungen mittels Sprachmittlern, also Dolmetschern, geführt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Überwiegendem Maße“ heißt - -

Zeuge U. P.: Und da dann Deutsch, also Deutsch Landessprache, Landessprache Deutsch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber „überwiegendem Maße“ heißt über 50 Prozent oder über 80 Prozent?

Zeuge U. P.: Über 80 Prozent.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über 80 Prozent. - Aber wenn man dann eben die Meldung verfasst hat - die sind ja dann deutsch und englisch; so lese ich das zumindest hier in den Akten -: Wer hat die englische Übersetzung gemacht? Waren das die Deutschen, oder haben die Amerikaner das übersetzt?



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

Zeuge U. P.: Englische Meldungen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann Ihnen das mal zeigen, so eine Akte.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber das ist dann wahrscheinlich nichtöffentliche Sitzung, oder? Das ist doch wahrscheinlich wieder ein eingestuftes Papier!)

- Ja, ist es.

(RA Johannes Eisenberg:
Na dann!)

- Was?

(RA Johannes Eisenberg:
Dann kann man sich ja dazu nicht erklären!)

- Wieso kann man sich dazu nicht erklären? Das verstehe ich nicht.

(RA Johannes Eisenberg:
Weil die Aussagegenehmigung einen daran hindert!)

- Herr Eisenberg.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich glaube, so schlimm wie heute war es noch nie, oder? Also so etwas habe ich noch nicht erlebt! - Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Also, wir reden nicht über den Inhalt, sondern wir reden über die Sprache. - Das ist jetzt eine andere Außenstelle. Aber so ist der überwiegende Teil der Meldungen, die wir sehen.

Zeuge U. P.: Aber ich kann Ihnen nicht sagen, wer an einer Außenstelle da - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber erst mal: Sehen die bei Ihnen so aus, die Meldungen, oder sind die bei Ihnen einsprachig? Macht die Außenstelle das ganz anders als Sie?

Zeuge U. P.: Also, die genaue Arbeitsweise -- Dann würde ich doch denken, dass das was für den nichtöffentlichen Bereich ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will nicht die genaue Arbeitsweise.

Zeuge U. P.: Ja, das ist doch aber Arbeitsweise.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber nicht die genaue.

Zeuge U. P.: Ich bin kein Jurist. Also, gefühlt ist es für mich Arbeitsweise. Entschuldigen Sie, bitte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja eben auch -- Es ist auch Arbeitsweise, wenn Sie sagen: Über 80 Prozent der Befragungen sind in Deutsch durchgeführt worden. Das war Ihnen ja sehr wichtig. Das haben Sie gesagt in öffentlicher Sitzung.

Zeuge U. P.: Dolmetscher.

(RA Johannes Eisenberg:
Das haben Sie ihn nicht gefragt!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich habe ich ihn gefragt. So. Das ist auch Arbeitsweise. Hat hier niemand was gesagt. So. Jetzt frage ich Sie: Wer hat die Übersetzungen gemacht?

Zeuge U. P.: Das kann ich Ihnen hier nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihnen auf der Dienststelle: Wer hat die Übersetzung gemacht? Elf Jahre lang haben Sie Meldungen erstellt. Wer hat das übersetzt?

Zeuge U. P.: Meine Meldungen hat niemand ins Englische übersetzt.



Nichtöffentliche Sitzung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sind im Deutschen geblieben?

Zeuge U. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Und die Amerikaner haben die in Deutsch bekommen?

Zeuge U. P.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ja, dann ist das offensichtlich unterschiedlich gehandhabt worden nach Außenstellen. Das ist ja interessant. - Hat es mal Konflikte gegeben zwischen den Amerikanern und den Deutschen in den elf Jahren in Ihrer Außenstelle?

Zeuge U. P.: Sind mir keine bekannt, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Konflikte?

Zeuge U. P.: Nein.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Jetzt wäre auch die Zeit um.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann noch mal überlegen für die nächste Runde. - Die CDU/CSU? - Hat keine Fragen mehr. Frau Renner vielleicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Erst mal keine Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Die SPD? - Hat auch keine Fragen. Dann sind wir wieder bei Herrn von Notz. Jetzt eine Frage oder - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Bünyamin Erdogan, sagt Ihnen das was?

Zeuge U. P.: Noch mal, bitte!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bünyamin Erdogan, sagt Ihnen das was?

Zeuge U. P.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagt Ihnen nichts?

Zeuge U. P.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie im Laufe der Jahre mal mitbekommen, dass man durch bestimmte Daten sozusagen Drohnen in ihr Ziel lenken kann? Haben Sie schon mal was vom Romann-Erlass gehört?

Zeuge U. P.: Von welchem Erlass, bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Romann.

Zeuge U. P.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, wer das ist?

Zeuge U. P.: Ich kenne einen Roman Herzog, aber ich weiß nicht, ob das der ist.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, der ist das nicht. Wenn der das wäre, müssten wir bestimmte Sachen noch mal aufarbeiten.

Zeuge U. P.: Das hätte mich auch irgendwo gewundert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie im Laufe der Jahre, die Sie das gemacht haben, irgendwie was verändert an den Dingen, an den Daten, die man den Amerikanern geben durfte, und denen, die man ihnen nicht geben durfte? - So gegen Ende hin vor allen Dingen, so ab dem Jahr 2010? Gab es da mal so Diskussionen?

Zeuge U. P.: Ist das jetzt nicht auch Methodik?



Nichtöffentliche Sitzung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzeihung?

Zeuge U. P.: Ist das auch nicht Methodik oder irgendwas?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein.

Zeuge U. P.: Nein?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht in Zeitungen und so.

Zeuge U. P.: Also, ich selber habe keine Veränderung in der Gestalt wahrgenommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge U. P.: Moment. - Ich habe aber davon gehört, dass es so etwas gegeben haben soll.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht in Ihrer Arbeit?

Zeuge U. P.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben einfach auch nach 2010 die Daten, die Sie zusammenbekommen haben in Ihrer Befragungsarbeit, die haben Sie in die Meldungen gepackt, und die wurden verschickt?

Zeuge U. P.: Worauf wollen Sie hinaus?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie meine Frage beantworten.

Zeuge U. P.: Ja, ja, das ist - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darauf will ich hinaus.

Zeuge U. P.: Dafür sitzen wir hier.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge U. P.: Ich habe tatsächlich im Laufe der Zeit keine Veränderungen an den Informationen vorgenommen, die ich bekommen habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das finde ich sogar logisch, weil: Wie hätten Sie denn Einfluss darauf nehmen können, was die Amerikaner auf ihren Laptops verschieben? Hätten Sie darauf Einfluss nehmen können?

Zeuge U. P.: Ich wüsste nicht, wie.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Mike, was tippst du da? Gibst du da eine Handynummer ein? Hör sofort auf damit!“ Ist das mal - -

Zeuge U. P.: Wie gesagt: Ich wüsste nicht, wie.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge U. P.: Also, ich habe niemanden dabei gesehen, der da irgendwelche Handynummern in irgendwelche Laptops eingetippt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge U. P.: Ich habe niemanden gesehen, der irgendwelche Handynummern in irgendwelche Laptops eingetippt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. - Aber Sie haben ja Informationen gesammelt. Und die Berichte sind voll mit Geodaten und Handynummern und allem Möglichen. Und deswegen meine Frage: Haben Sie im Laufe der Jahre, bis Ihre Tätigkeit zu Ende war, irgendwas an dem Prozedere der Datenweitergabe verändert?

Zeuge U. P.: Haben Sie jetzt mich das als Befrager gefragt oder als Befragerführer? Ich glaube, da - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trennen Sie da fein? Ich frage Sie zuerst als Befrager.



Nichtöffentliche Sitzung

Zeuge U. P.: Okay. - Als Befrager hat es keine Änderung gegeben, weil ich keine Geodaten oder sonst was in Meldungen reingeschrieben habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben keine Geodaten - -

Zeuge U. P.: Ich persönlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge U. P.: Ich persönlich habe das überhaupt gar nicht gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei all den Meldungen, die Sie alle Jahre lang erstellt haben, haben Sie keine Geodaten eingegeben?

Zeuge U. P.: Meiner Erinnerung nach nicht, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nie eine Handynummer?

Zeuge U. P.: Nein, Handynummer definitiv nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das halte ich für eine massiv steile These. - Okay, gut. - Und als Befragerführer?

Zeuge U. P.: Als Befragerführer habe ich keine Meldungen irgendwie verändert. Oder was meinen Sie jetzt?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dafür gesorgt, dass bestimmte Daten nicht an die Amerikaner gehen, dadurch dass Sie bestimmte Meldungen verändert haben, bestimmte Bereiche geschwärzt oder die letzten drei Nummern oder sieben Nummern geixt haben, dass Sie Ihre Befrager angewiesen haben: Passt mal auf! Mit Handynummern kann man Leute töten. Da wollen wir nicht Teil von sein. Bitte gebt keine Handynummern weiter! - So was.

Zeuge U. P.: Also, zunächst mal: Dass man mit Handynummern Menschen töten kann, war zu dem Zeitpunkt - - Und ich muss dazu sagen, dass die Befragungen an der Außenstelle Berlin Ende

2013 nach Beantwortung der Kleinen Anfrage eingestellt worden sind, vielleicht nur von Berlin und für Berlin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, in Berlin ist das so gehandhabt worden: Man hat auch im Jahr 2013 noch Handynummern weitergegeben?

Zeuge U. P.: Das habe ich nicht gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich frage Sie. Nur: Weil Sie den Romann-Erlass nicht kennen, befürchte ich fast, dass Sie ihn nicht umgesetzt haben, und der Eisenberg weiß das auch gar nicht, wie Sie das gemacht haben.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich hatte jetzt einfach
gefragt, ob er mal eine
Pause braucht!)

- Ja, vielleicht können wir das noch kurz zu Ende machen.

(RA Johannes Eisenberg:
Nein! Denn er hat ja offensichtlich jetzt - -)

Zeuge U. P.: Ich habe Ihre Frage jetzt gar nicht mitbekommen.

(RA Johannes Eisenberg:
Das muss man ihm mal gerade erklären!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab ein - - Ich sage Ihnen das jetzt mal einfach - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz kurz. Herr Wolff meldet sich.

(RA Johannes Eisenberg:
Sie unterstellen gerade einen ganzen Haufen von Sachen, die er nie behauptet hat!)



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

- Moment! Kriegen wir alles geklärt. - Zuerst Herr Wolff, ob da irgendwie was anzumerken ist.

RD Philipp Wolff (BK): Eine Anmerkung: Der Romann-Erlass gilt nicht für ihn. Insofern muss er ihn auch nicht umsetzen. - Das nur zur Klarstellung.

(RA Johannes Eisenberg:
Dann muss er ihn auch
nicht kennen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Das bringt uns aber auf jeden Fall eine gewisse Erkenntnis. - Und jetzt Konstantin von Notz, weiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben sozusagen bis ins Jahr 2013 einfach das weitergemacht, was Sie immer gemacht haben: Informationen gesammelt und die weitergegeben.

Zeuge U. P.: Ich habe nie behauptet, dass ich Handynummern oder Geodaten weitergegeben habe.

(RA Johannes Eisenberg:
Eben!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben gesagt, Sie haben nie Handy- -

Zeuge U. P.: Kann ich auch mit Geodaten - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können wir ja noch mal festhalten, weil wir gucken uns ja die Akten noch mal an. - Sie haben in den elf Jahren nie Geodaten und nie Handydaten weitergegeben? Das hat Ihr Anwalt jetzt noch mal scharfgestellt. Das haben Sie nie getan?

(RA Johannes Eisenberg:
Ich habe gar nichts
scharfgestellt!)

- Okay, gut. Dann haben wir das jetzt festgestellt: Sie haben in den elf Jahren nie eine Telefonnummer und nie Geodaten weitergegeben.

Zeuge U. P.: Meiner Erinnerung nach habe ich in diesen Jahren nie Telefonnummern weitergegeben und Geodaten weitergegeben, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? - Gut. Frage ich mal in die Runde: Gibt es noch weitere Fragen, in öffentlicher Sitzung wahlgemerkte? - Das ist nicht der Fall. Dann sollten wir - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, doch!)

- Ach so. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die eifrige Kollegin hat doch ein Blatt gefunden, wo - was im Jahr - ja, ja, ist Geheim; ich will das auch gar nicht vorlesen, sondern - - ein englischer Text drauf ist. Können Sie sich das mal angucken?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er, sein Rechtsbeistand sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie für alle die Fundstelle sagen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist Tagebuchnummer 254, MAT A BND-50/4, und das ist die Seite 052223.

Zeuge U. P.: Hier ist es Englisch. Aber das war vor meiner Zeit als Befragerführer.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf der Rückseite scheint das Englisch zu sein.

Zeuge U. P.: Ja, ja, die letzte Zeile ist auch Englisch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge U. P.: Es geht deutlich daraus hervor, dass der Text in Englisch ist. Das ist aber vor meiner



1. Untersuchungsausschuss

Nichtöffentliche Sitzung

Zeit als Befragerführer. Zu der Zeit war ich Befrager unserer Dienststelle und weiß also nicht, wer da irgendwelche Übersetzungen oder sonst was gemacht hat. Aber - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das ist Ihre Dienststelle?

Zeuge U. P.: Es ist meine Dienststelle.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und, welches Jahr?

Zeuge U. P.: 2010.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge U. P.: Aber ich war nicht Befragerführer. Ich war der Befrager. Ich hatte damit nichts zu tun. Das ist nicht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, weil Sie gesagt haben, auf Ihrer Dienststelle ist nichts Englisch übersetzt worden.

Zeuge U. P.: Ich habe gesagt, dass meine Meldungen nichts ins Englische übersetzt wurden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber auf der Dienststelle sind Meldungen in Englisch übersetzt - auf Ihrer Dienststelle?

Zeuge U. P.: Ich weiß nicht, ob Meldungen von Kolleginnen oder Kollegen auf Englisch übersetzt worden sind in der Zeit, als ich Befrager war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Kollege von Notz hat Sie ja gefragt, wo die Übersetzungen angefertigt worden sind.

(RA Johannes Eisenberg:
Das weiß er doch nicht!)

Und das scheint ja eine Übersetzung Ihrer Dienststelle, also eine Meldung Ihrer Dienststelle zu sein mit einer englischen Übersetzung.

Zeuge U. P.: Können wir das in die - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da kann man doch die Frage stellen, wo ist das - - Sie können ja sagen, auf dem Mond oder in den USA.

Zeuge U. P.: Können wir das in die nichtöffentliche Sitzung reinnehmen? Dann sage ich Ihnen gerne mehr dazu.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge U. P.: Können wir das in die nichtöffentliche Sitzung reinnehmen? Dann sage ich Ihnen sehr gerne mehr dazu. Einverstanden?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob eine Übersetzung angefertigt - - und wo, kann man eigentlich sagen.

Zeuge U. P.: Ich verspreche Ihnen, ich sage was dazu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Ströbele, noch weitere Fragen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann gehe ich davon aus, dass es Bedarf gibt, den Zeugen in eingestufter Sitzung zu befragen. Richtig?

(Martina Renner (DIE LINKE): Ja!)

- Genau. - Dann müssen wir einen entsprechenden Beschluss fassen. Ich schlage folgenden Beschlusstext vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen U. P. am heutigen Tag wird die Sitzung gemäß § 15 Absatz 1 in Verbindung mit der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages mit dem Geheimhaltungsgrad Geheim versehen, weil die Kenntnis von der Beweisaufnahme durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden würde.



Nichtöffentliche Sitzung

Für die spätere Herabstufung des Protokolls auf Offen wird das Bundeskanzleramt gebeten, die Passagen des Protokolls blau zu markieren, die in seinem Verantwortungsbereich aus seiner Sicht und für seine Arbeit geheim zu halten sind. Für die Protokolle im Übrigen trägt der Ausschuss die Verantwortung.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit haben wir dies einstimmig so beschlossen.

Jetzt müssten alle nicht mehr befugten Personen den Saal verlassen, die also in geheimer Sitzung - -

(Zuruf)

- Genau, das käme als Nächstes. - Also: Alle Personen, die nicht entsprechend sicherheitsüberprüft sind, müssten den Saal verlassen. Alle anderen Personen müssen ihre mobilen Endgeräte aus dem Saal bringen, sodass wir ganz schnell auch in eingestufter Sitzung weitermachen können. Das gilt natürlich auch im Zweifel, wenn Sie als Zeuge ein Endgerät dabeihaben, ein Handy.

Zeuge U. P.: Das habe ich schon draußen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge U. P.: Frage: Chance auf eine Toilettenpause?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die können wir jetzt machen, genau. Nutzen Sie das jetzt! Auch Erfrischungen, wenn Sie irgendwas brauchen: Sagen Sie es!

Zeuge U. P.: Eine Dusche haben Sie nicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte?

Zeuge U. P.: Eine Dusche haben Sie nicht zufälligerweise?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hätten wir hier auch, aber das dauert zu lange.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, öffentlich: 21.30 Uhr - Folgt Fortsetzung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Geheim)

ANLAGE 1

Anmerkungen des Zeugen U. P.:

Klarstellung zu Seite 68, linke Spalte, 4. Absatz:

„Wenn jetzt die Entscheidung gefallen war: „Ja, also, das Anhörungsprotokoll scheint vielversprechend zu sein, respektive der Asylbewerber scheint vielversprechend zu sein“, wurde ...“

Klarstellung: Ich meinte damit die Informationen über die der Asylbewerber verfügen könnte, dass diese vielversprechend sein könnten.

Klarstellung zu Seite 68, rechte Spalte, letzter Absatz:

„.... wie sie sie schon mal im Rahmen der Anhörung beantwortet hat.“

Klarstellung: Hiermit ist die Anhörung im Asylverfahren gemeint.

Klarstellung zu Seite 69, linke Spalte, erster Absatz:

„Das hat keinerlei Einfluss gehabt.“

Klarstellung: Hiermit ist gemeint, dass es keinerlei Einfluss auf das Asylverfahren hatte.

Frage 5:

Schreiche: differenzierte

Seite: variierte

U.P.

13. 09. 16



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn das Gespräch dann zu Ende war - das kann sich auch über Stunden hingezogen haben, in Abhängigkeit von den Themen, in Abhängigkeit auch von der Belastbarkeit des Gesprächspartners; das differenzierte sehr -, ist das Befragerteam wieder zurückgefahren an die Dienststelle. Dann hat man sich wieder besprochen, hat Resümee gezogen, hat das Ganze dokumentiert in Form von Berichten, hat im Zweifel Meldungen erstellt, die dann eben an die auswertenden Bereiche gegangen sind.

Wenn die Quelle dann ausbefragt war, war die Beziehung der HBW zu der Asylbewerberin, dem Asylbewerber beendet.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank schon mal für die interessante Schilderung. An einer Stelle wollte ich noch mal nachfragen. Sie hatten gesagt, man fragt oder koppelt ja auch dann rück beim BAMF und sagt: Wir haben da Interesse an der Person. Oder: Es war tatsächlich interessant. Wie weit seid ihr denn mit dem Verfahren?

Da haben Sie gesagt, es gab -- Also, in der Regel, wenn die sagen: „Es gibt eine negative Entscheidung“ oder „Eine negative Entscheidung ist zu erwarten“, haben Sie aufgehört, in aller Regel. Aber es gab Ausnahmen. Was bedeutet dann die Ausnahme? Dass man dann -- Dass das BAMF gesagt hat: „Okay, wir ziehen die Entscheidung raus; macht mal weiter“? Oder haben die dann einen Aufenthaltstitel gewährt? Oder was war dann die Ausnahme?

Zeuge U. P.: Sonderfall oder Sonderregelung bedeutete nicht automatisch ein „Overrule“, sage ich mal, der HBW, sondern da setzte sich dann das Referat mit der entsprechenden Stelle - ich glaube, es hieß auch Sicherheitsreferat - im Bundesamt zusammen und haben dann darüber beratschlagt, wie da zu verfahren ist. Da wurde dann abgewogen.

Wie das jetzt in diesem einen Fall war, von September 2012 bis Juni 2014, daran kann ich mich nicht mehr erinnern. Das weiß ich leider nicht mehr, wie das ausgegangen ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, okay. - Wie haben Sie denn die Gespräche dokumentiert? Also, wir haben hier jetzt schon gehört, dass da das Mittel der Wahl Bleistift und Block ist. War das bei Ihrer Dienststelle auch so, dass Sie das alles mal mitnotiert haben? Haben Sie da Wortprotokolle geführt? Haben Sie Stichpunkte sich notiert? Was ist damit dann weiter geschehen? Sie haben vorhin gesagt, Sie haben das dann dokumentiert, Berichte geschrieben, vielleicht eine Meldung. Wurde das dann irgendwie elektronisch archiviert? Oder haben Sie das weggeworfen? Wie sind Sie damit vorgegangen?

Zeuge U. P.: Okay. Also, es gab keine Gesprächsaufzeichnung elektronischer Art. Es ist tatsächlich so: Das Handwerkszeug --

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal ganz kurz fragen. Wir sind ja noch in öffentlicher Sitzung. Das ist klar, ja? Das ist okay vonseiten der Bundesregierung, wenn wir das --

RD Philipp Wolff (BK): Wir hatten vorher allerdings auch darüber gesprochen, dass Stift und Block --

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte es nur mal hinterfragen; ist ja schön. Nicht, dass wir hinterher diskutieren, ob Protokolle geschwärzt werden. Also, das geht dann so raus hier, nicht? - Okay.

RD Philipp Wolff (BK): Ich interveniere.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar.

Zeuge U. P.: Also, wie gesagt: Es gab keine elektronischen Aufzeichnungen von Gesprächen, weder Audio noch Video noch sonst irgendetwas. Das Handwerkszeug einer Befragerin, eines Befragers und somit auch meines ist tatsächlich Papier; ich bevorzuge Kugelschreiber.

(RA Johannes Eiserberg:
Keinen Montblanc-
Füllhalter!)



1. Untersuchungsausschuss

Zerle 9:
Schreie: DOJ
Seite: DEU U.P. 12.10.16
Nur zur dienstlichen Verwendung

- Nein. Gehobener Dienst. - Von daher erfolgte tatsächlich die, sage ich mal, direkte Gesprächsdokumentation mit Stift und Papier.

An der Dienststelle zurück, wenn es dann an die Berichte ging, an die Gesprächsberichte ging und auch dann im Zweifel eben an die Meldung: Die wurden in elektronischer Form erstellt.

Nina Warken (CDU/CSU): Elektronische Akte dann bei Ihnen auch. Oder haben Sie dann eine Mail an die Auswertung geschrieben?

Zeuge U. P.: Wir sind noch nicht beim papierlosen Büro und bei der elektronischen Akte vollumfänglich, wenn ich das sagen darf.

(Burkhard Lischka (SPD):
Das überrascht uns auch
nicht wirklich!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir aber auch nicht.

Zeuge U. P.: Das ist ein ganz mieser Trick der Papierindustrie mit dem papierlosen Büro. - Nein. Also, sie wurden am Computer erstellt und dann ausgedruckt.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie haben das die Kollegen des AND denn gehandhabt? Haben die dann - - Also, ich gehe ja mal davon aus, dass es bei Ihnen auch gemischte Befragerteams gab. War das dann gleichermaßen so, dass der Kollege das mitgeschrieben hat? Und haben Sie dann gemeinsam Ihre Meldung, Ihren Bericht geschrieben? Oder hat da jeder was anderes geschrieben?

Zeuge U. P.: Also, gemischte Teams ja, und zwar grundsätzlich.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK)
sowie mit seinem
Rechtsbeistand)

Gemischte Teams grundsätzlich, und zwar „grundsätzlich“ fett, kursiv und unterstrichen geschrieben, was die Berliner Dienststelle anbelangt.

Nina Warken (CDU/CSU): Also immer ein BND-Mitarbeiter, ein AND-Mitarbeiter. Keine Befragung allein durch Sie und keine Befragung allein durch den AND.

Zeuge U. P.: Also, grundsätzlich gemischte Teams dahin gehend, dass, wenn ein US-Befragter unterwegs war, grundsätzlich ein PI, also ein BND-, HBW-, DOJ-Mitarbeiter, mit dabei war.

Es gab äußerst vereinzelt Ausnahmen dahin gehend, dass zum Beispiel Termine vereinbart waren, lang vereinbart waren, Dolmetscher unterwegs war, Räumlichkeiten angemietet waren, alles wunderbar, und justament an dem Tag, wo sich das Team auf den Weg machen sollte, ist der deutsche Befragter erkrankt. Das ist vorgekommen. Da wurde dann versucht, Ersatz zu beschaffen von deutscher Seite. Wenn es nicht anders ging, dann hat - ich weiß jetzt aber nicht, in wie viel Fällen das tatsächlich der Fall war - der Dienststellenleiter entschieden: Okay, jetzt macht es dann ausnahmsweise ein US-Befragter alleine. Ein Kriterium, wenn es dann darum ging, dass er es alleine macht, war, dass er ad 1 der deutschen Sprache extrem gut mächtig ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Grundsätzlich zu den gemeinsamen Befragungen: Ja. Wenn es jetzt wirklich in die Details geht im Einzelfall „Hat der Dienststellenleiter ...“, dann bitte ich, das in eingestufter Sitzung zu schildern. Grundsätzlich: Dass die gemeinschaftlichen Befragungen stattgefunden haben, dass es Ausnahmen gegeben hat: Ja. Aber jetzt Detailinformationen bitte in eingestufter Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, genau. - Aber nehmen wir jetzt mal an, Sie haben eine gemeinsame Befragung gemacht: Wie war es dann da? Da hat der Kollege sich mitnotiert, Sie haben mitnotiert.

Zeuge U. P.: Richtig.



Nur zum dienstlichen Verwendung

Deutschland ND-Maßnahmen durchgeführt, und da muss es ja eine Rechtsaufsicht geben.

Zeuge U. P.: Aufgrund der Tatsache, dass es keine Beschwerden gab vonseiten der Befragten, entzieht sich das definitiv meiner Kenntnis.

Martina Renner (DIE LINKE): Und unabhängig davon, ob es Beschwerden gab: Haben Sie sich mal überlegt, wer die Rechtsaufsicht ist?

Zeuge U. P.: Das hätte sich dann im Zweifel, denke ich, schon rausgestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Wer hat denn - - Also, wie sind denn diese Amerikaner eigentlich zu Ihnen gekommen? Also, es klingt jetzt sehr banal; aber das würde mich interessieren. Also, irgendjemand muss die ja sozusagen in diese HBW gebracht haben. Die werden ja nicht irgendwann mal vor der Tür gestanden haben und geklingelt und gesagt haben: Wir arbeiten ab morgen zusammen. - Wissen Sie was darüber, wenn da neue Mitarbeiter kamen, über welchen Weg die dorthin kamen?

Zeuge U. P.: Ganz kurz.

(Der Zeuge berät sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Also, ein paar US-Kollegen oder US-Befrager waren ja schon da. Und dann gab es natürlich Personalaustausch, wenn Stehzeiten abgelaufen waren usw. Und dann teilte uns die Führungsstelle mit, also das Referat: Es kommt ein neuer US-Befrager. Der heißt soundso. Der ist dann und dann da. - Beziehungsweise wurde dann auch von einem anderen US-Kollegen praktisch mitgebracht. Und dann standen die quasi vor der Tür respektive der US-Kollege, der andere, der dabei war, der Länger gediente - kamen sie auch zur Tür rein.

„Eingehen! So U.P.“

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie eigentlich auch mal in den USA, dienstlich, nicht privat?

Zeuge U. P.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie hier in der Bundesrepublik in Liegenschaften von US-Geheimdiensten oder US-Streitkräften?

Zeuge U. P.: Ich war einmal in einer US-Liegenschaft in Grafenwöhr. Da ging es um den Umzug des Mobiliars der US-Kollegen aus der Berliner Dienststelle. Die hatten - -

Martina Renner (DIE LINKE): Eigenes Mobiliar?

Zeuge U. P.: Die hatten Panzerschränke.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, das ist gut.

Zeuge U. P.: Und die mussten natürlich dann entsorgt werden, also wieder in den Bestand der Amerikaner zurückgeführt werden. Sonst fehlt denen ja was.

Martina Renner (DIE LINKE): Die hatten eigene Panzerschränke, in denen sie ihre eigenen Dokumente und Laptops verwahrt haben oder Ähnliches? Keine Panzerschränke des BND, kein Verwahrglass, wie das so schön heißt, des Bundesnachrichtendienstes?

Zeuge U. P.: Mhm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wollen wir das in der nächsten Runde klären?

Martina Renner (DIE LINKE): Oh, das wird unter Geheimschutzverordnung bestimmt total spannend. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil mit den Panzerschränken ist ja ganz beachtlich. - Frau Kollegin Mittag für die SPD.

Susanne Mittag (SPD): Ja. - Ich habe nur noch ein paar Fragen. Sie sind ja - - Bei den Befragungen, da gab es ja, sagen wir mal, bei der einen oder anderen Person mehrere Befragungen, so nach und nach - - ergibt sich, dass das ganz ergebnisreich ist. Und dann wurden ja Berichte gefertigt. Wer entscheidet denn jetzt am Ende, ob der Bericht nun, wenn der AND mal nicht dabei gewesen ist - - wie die weitergegeben werden oder ob sie weitergegeben werden an AND? War das jetzt der